

WAHLEN '23

Das Magazin zu den Regierungs- und Landratswahlen vom 12. Februar 2023



Wir sind für die KMU da.

FDP – zuverlässig liberal.

LISTE 1
12. Februar 2023

FDP
Die Liberalen



Landratswahlen 12. Februar 2023

Liste
5

**Wir halten das
Baselbiet zusammen!**

Die Mitte
Basel-Landschaft



5 ZAHLEN UND
FAKTEN

6 FRANZ
GRÜTER

8 MOBILITÄT

10 BERUFS-
BILDUNG

12 ENERGIE

14 PHILIPP
BREGY

15 WOHNBAU-
FÖRDERUNG

16 EIGEN-
MIETWERT

18 MEHRWERT-
ABGABE

20 EMPFEH-
LUNGEN

32 POLITQUIZ

34 SANDRA
SOLLBERGER

36 ANTON
LAUBER

37 MONICA
GSCHWIND

38 RÜCKSCHAU

Impressum

Wahlen '23

Ein Magazin der Wirtschaftskammer Baselland
und des HEV Baselland

Redaktion und Produktion

IWF AG, Hardstrasse 1, 4133 Pratteln

Projektleitung

Dr. Dominik Rieder (Leiter Politteam)

Texte

Patrick Herr, Delia Pfirter, Dominik Rieder,
Daniel Schaub, Loris Vernarelli

Grafik, Layout, Prepress

Vivien Fischer

Charakterköpfe sind gesucht

618 Kandidatinnen und Kandidaten möchten einen der 90 Sitze im Baselbieter Landrat erobern, acht Bewerberinnen und Bewerber streben einen der fünf Sitze im Regierungsrat an. Das grosse Interesse an den politischen Ämtern ist erfreulich und es ist wohl begründet: Kriegswirren, Inflationsentwicklung und die Energiekrise – so kurz nach der Corona-Pandemie befällt uns das klamme Gefühl, dass wir noch eine Weile lang im Krisenmodus unterwegs sein werden. Der deutsche Altkanzler Helmut Schmidt hat einst gesagt, in der Krise bewiese sich der Charakter. Mit Blick aufs Baselbiet und auf die bevorstehenden Wahlen sind also vornehmlich «Charakterköpfe» gesucht, die unseren Kanton mit klugen und mutigen Entscheiden in der Erfolgsspur halten.

In diesem Wahlmagazin der Wirtschaftskammer und des Hauseigentümergebietes (HEV) Baselland präsentieren wir Ihnen Personen, die wir zur Wahl empfehlen. Sie alle haben gemeinsam, dass sie sich den Themen annehmen, welche die Hauseigentümerschaft und die KMU-Wirtschaft beschäftigen. Sie kennen die Sorgen und Herausforderungen dieser Anspruchsgruppen und wollen sich in den kommenden vier Jahren im Landrat einbringen, um bei den bestehenden Herausforderungen anzupacken, Lösungen zu finden und unser Leben zu verbessern.

Bevor Sie im Magazin auf die nach Wahlkreisen gebündelten «Empfehlungslisten» stossen, zeigen wir Ihnen auf, wo der Schuh bei den Hauseigentümern und bei den KMU-Unternehmern aktuell drückt. Das Leben wird auch im Baselbiet teurer und stetig wachsende Staatsausgaben führen zu immer neuen Versuchen, mit weiteren Abgaben und höheren Steuern die grösser werdenden Staatsrechnungen auszugleichen.

Die Hauseigentümer merken das bei den Diskussionen um den Eigenmietwert, die Mehrwertabgabe oder, wie im Beispiel Münchenstein, bei der übertriebenen Erhöhung der Wassergebüh-

ren. Statt wirksamer Entlastung durch die Politik begegnen sie vermehrt «staatlichen Benimmvorschriften». So sollen wir bauen, so sollen wir heizen, so sollen wir die Gärten gestalten.

Auch die KMU-Wirtschaft ächzt angesichts der enorm gestiegenen Beschaffungskosten, Lieferengpässe, Fachkräftemangel oder Mobilitäts- und Stauprobleme. Statt wirksamer Entlastung durch die Politik begegnen die Unternehmen immer neuen Informations- und Dokumentationspflichten, zunehmenden Mobilitäts-Schikanen (beispielsweise die Sperrung von dringend benötigter Verkehrsfläche zwischen Pratteln und Augst), und einer staatlichen Bildung, in der die Bedeutung der Berufsbildung rückläufig ist.

Viele Politikerinnen und Politiker reden am liebsten über die Zukunft. Die ist schön weit weg. Doch nicht die Zukunftsprogramme, sondern der Umgang mit den Gegenwartsproblemen ist das, was zählt. Und es braucht deshalb Personen, welche die oft gewagten und

unverbindlichen Zukunftsversprechen als solche enttarnen und mit der teils unbequemen Wahrheit kontern. Und das wiederum verlangt Charakter.

Die Welt entwickelt sich auch in den nächsten vier Jahren anders als gedacht. Umso wichtiger ist, dass die Politik diese Veränderungen mit Vernunft und Augenmass angeht. Die in diesem Magazin empfohlenen Kandidierenden sind geeignet, die politischen Herausforderungen der Zukunft zu meistern. Es würde mich daher freuen, wenn Sie sie auf ihrem Wahlzettel berücksichtigen.

Ich wünsche Ihnen eine spannende Lektüre und gute Wahl!

CHRISTOPH BUSER, DIREKTOR WIRTSCHAFTSKAMMER BASELLAND, PRÄSIDENT HEV BASELLAND



«Nicht Zukunftsprogramme, sondern der Umgang mit den Gegenwartsproblemen ist das, was zählt.»

- Christoph Buser -

So läuft die Wahl

Am 12. Februar 2023 sind Gesamterneuerungswahlen. Ein Wahlsonntag ist eine administrative Herkulesaufgabe. Was passiert an diesem Tag und welche unerwarteten Herausforderungen können auftreten? Landschreiberin Elisabeth Heer Dietrich gibt Antworten.

Die Vorbereitung

Über ein Jahr vor der eigentlichen Wahl beginnen die Vorbereitungsarbeiten für die Landrats- und Regierungsratswahlen. Die Landeskanzlei ist dafür verantwortlich, dass die Wahlunterlagen rechtzeitig erstellt und den Stimmberechtigten zugestellt werden. Die Wahlvorschläge der Parteien bilden hierfür die Basis und werden von der Landeskanzlei geprüft. Am Wahltag selbst steht die ordnungsgemässe Ermittlung der Wahlergebnisse im Fokus.

Die Medien

Die Gemeinden übermitteln der Landeskanzlei laufend ihre Ergebnisse. Die Landeskanzlei publiziert diese ab 12 Uhr auf der Internetseite www.wahlen.bl.ch, wo dann auch die Schlussergebnisse der Landrats- und Regierungswahlen abrufbar sind. Die Kandidatinnen und Kandidaten sowie die Medien sind ab 12 Uhr im Regierungsgebäude zu einem Wahlforum eingeladen. Die Medien werden laufend aus dem Regierungsgebäude über Zwischenergebnisse berichten. Telebasel, Schweiz aktuell und das Regionaljournal von SRF planen, für den Wahltag im Regierungsgebäude ein Studio aufzubauen.

Der Wahlsonntag

Das Ergebnis der Regierungsratswahl liegt gegen 14 Uhr und das Ergebnis der Landratswahl gegen 18 Uhr vor. Diese Zeiten können nur erreicht werden, wenn in keiner der 86 Gemeinden bei der Auszählung ein Problem auftaucht.

Die Fakten

Rund 190 000 Personen sind im Kanton Basel-Landschaft stimmberechtigt (Stand November 2022). 2019 lag die Wahlbeteiligung bei den Landrats- und Regierungsratswahlen bei rund 34 Prozent. Davon werden ungefähr 3 bis 5 Prozent der Stimmen an der Urne eingeworfen. Im Durchschnitt sind rund 1,7 Prozent der abgegebenen Stimmcouverts ungültig. Meistens liegt dies daran, dass die Stimmdenden vergessen, den Stimmrechtsausweis zu unterschreiben.

«Sie wissen, wo der Schuh drückt»

Franz Grüter (59) ist erfolgreicher Unternehmer, Nationalrat und Stabschef der SVP. Wir haben mit dem Luzerner über Unternehmertum und Politik gesprochen.

- Patrick Herr -

Im Kanton Basel-Landschaft stehen die Wahlen für das Parlament bevor. Was macht KMU-freundliche Politikerinnen und Politiker aus?

KMU-freundliche Politiker sind Leute, die sich dafür einsetzen, dass sowohl die administrativen Lasten als auch die stets steigenden Kosten für Gebühren, Abgaben etc. nicht weiter erhöht werden. Insbesondere erwarte ich von einem KMU-freundlichen Politiker, dass man sich einsetzt für attraktive Steuern und gute Rahmenbedingungen. Dies führt letztlich zu mehr Arbeitsplätzen und schafft Wohlstand.

Ganz grundsätzlich: Weshalb sollten Unternehmerinnen und Unternehmer politisch aktiv sein?

Viele Unternehmen haben das Gefühl, sie könnten das Einbringen politischer Anliegen an irgendwelche Verbände oder PR-Agenturen auslagern. Das ist falsch. Zudem gibt es immer mehr Unternehmerinnen und Unternehmer, die den Mut gar nicht mehr aufbringen, sich für die Politik zu engagieren. Das ist sehr bedauerlich. Denn wenn Unternehmer und Unternehmerinnen sich direkt und proaktiv in der Politik engagieren, geniessen sie eine viel höhere

NATIONALRAT
FRANZ GRÜTER VOR
DEM BUNDESHAUS



Glaubwürdigkeit und ihre Anliegen finden sehr viel breiteren Zuspruch.

Welche besonderen Aspekte können Unternehmerinnen und Unternehmer in die Politik einbringen?

Persönlichkeiten, die ein Unternehmen führen oder geführt haben, kennen die Sorgen und Nöte von Firmen. Sie wissen, wo der Schuh drückt. Und sie wissen insbesondere auch, was es für Unternehmen und Arbeitsplätze bedeutet, wenn die Politik Fehlentscheidungen trifft. Bestes Beispiel dafür ist die gescheiterte Energiestrategie 2050 des Bundes. Diese schwächt die Unternehmen in ihrer Konkurrenzfähigkeit. Eine eigenständige, zuverlässige und bezahlbare Energieversorgung ist in unserem Land leider nicht mehr gewährleistet. Die Zeche zahlen die Unternehmen, aber natürlich auch die privaten Haushalte.

Wie sieht die Work-Life-Balance aus, wenn man ein Unternehmen führt und gleichzeitig in der Politik engagiert ist?

Es ist ein Balanceakt. Man muss sich sehr gut organisieren. Und man braucht Leute um sich herum, auf die man sich verlassen kann. Aber machbar ist es mit Sicherheit.

Welches sind die Unterschiede zwischen Jungunternehmerinnen und -unternehmern Ihrer Generation und denen von heute?

Jungunternehmer hatten in der Vergangenheit und auch heute ähnliche Herausforderungen. Man muss die finanziellen Mittel immer im Auge behalten und sich darauf konzentrieren, Produkte erfolgreich am Markt zu lancieren.

Die beste Geschäftsidee nützt nichts, wenn damit am Ende des Tages nicht Geld verdient werden kann. Insofern bleiben die Herausforderungen unverändert. Was sich aber sicherlich verändert hat, sind modernere Arbeitsmethoden und die Digitalisierung, welche hilft, dass viele Arbeiten heute viel effizienter erledigt werden können als in der Vergangenheit.

Fachkräftemangel, Gesetze und Regulierungen, EU-Politik, Energiewirtschaft, Inflation – wo sehen Sie aktuell die grössten Herausforderungen für die KMU-Wirtschaft?

Die grössten drei Herausforderungen, die ich aus meiner Sicht sehe sind:

- Eine stabile und bezahlbare Energieversorgung, die gefährdet ist.
- Trotz einer rekordhohen Zuwanderung finden wir nicht die dringend benötigten Fachkräfte. Aus meiner Sicht müssen wir bei der Zuwanderung unbedingt Änderungen vornehmen. Es braucht bei der Zuwanderung klare Qualitätskriterien, die Anwendung finden müssen, so wie dies Länder wie beispielsweise die USA, Kanada und Australien bei der Einwanderung schon lange tun.
- Sollten sich die kriegerischen Konflikte noch ausweiten, namentlich auf Asien, so drohen sich die Lieferkettenprobleme weiter zu verschärfen. Das wird zu noch höheren Rohstoff- und Energiepreisen führen. Das wiederum könnte dazu führen, dass das Hochlohnland Schweiz zunehmend Arbeitsplätze ins Ausland verlegen müsste. Der Wohlstand der Schweiz würde dadurch massiv tangiert.

ZUR PERSON

Franz Grüter ist Gründungsmitglied der IT-Unternehmen Smartcomp (1996) und SmartWeb (1997), Mitgründer der Green Datacenter AG (2010), CEO (2008–2015) und Verwaltungsratspräsident (seit 2008) der green.ch-Gruppe. Dazu unter anderem Gründer der Schweizerischen Stiftung für Arbeit und Weiterbildung, Vizepräsident des Nationalen Testinstituts für Cybersicherheit (NTC), Verwaltungsrat der Luzerner Kantonalbank und Beirat von comparis.ch.

Als Politiker ist er Stabschef und Vizepräsident der SVP Schweiz, Nationalrat (seit 2015) und Präsident der Aussenpolitischen Kommission des Nationalrates (APK).

Dauerärgernis Verkehr: Kapazitätsausbau dringend nötig

In der Baselbieter Verkehrspolitik läuft vieles schief und die Verkehrssituation ist und bleibt unbefriedigend. Es fehlt ein ganzheitliches Verkehrskonzept im Kanton.

- Delia Pfirter -

Auch im Jahr 2022 blieb der Verkehr in der Region Basel ein grosses Ärgernis. Die Strassen in der Region sind komplett überlastet und die längst überfällige Linderung dieser Situation lässt seit Jahrzehnten auf sich warten. Und dies, obwohl das Baselbiet eine Verbesserung der Stausituation verlangt—über 60 Prozent der Baselbieter Stimmbürgerinnen und -bürger hatten im September 2020 die HLS-Initiative angenommen, die einen Ausbau der Hochleistungsstrassen in der Region, ein zielführendes Verkehrskonzept und ein Ende der für Gewerbe und Private untragbaren Stausituation forderte. Passiert ist seither wenig. FDP-Landrat Rolf Blatter bemängelt: «Wichtige und längst überfällige Verkehrsprojekte wie beispielsweise die Pannenstreifenumnutzung als zusätzliche Fahrspur auf der A2/A3 kommen einfach nicht in die Gänge.»

Schmalspurige Projekte

Immerhin wurde Anfang Dezember 2022 die neue Rauricastrasse zwischen Augst und Pratteln in Betrieb genommen. Doch auch hier folgte die Ernüchterung schnell: «Statt dass die Rauricastrasse als Ergänzung zur Rheinstrasse

geöffnet und so ein Kapazitätsausbau erreicht wird, wird die Rheinstrasse entgegen früherer Versprechen zurückgebaut und für den Autoverkehr gesperrt», so Blatter. Und dies, obwohl das Gebiet Salina Raurica weiter wachse und die Verkehrsinfrastruktur täglich komplett überlastet sei. «Dieser Entscheid ist nicht nachvollziehbar und passt in die Reihe von Fehleinschätzungen über das aktuelle und künftige Verkehrsaufkommen», so Blatter. Die vielen Stausunden in der Region seien eine grosse Belastung für die lokale Bevölkerung und das Gewerbe.

Auch beim Zubringer Bachgraben-Allschwil (ZUBA), der das boomende Bachgrabengebiet erschliessen wird, hat sich die Regierung für eine einspurige Minimalvariante entschieden.

Schon heute offensichtlich ist, dass die angestrebte Entlastung des wichtigsten Wirtschaftsentwicklungsgebiets der Region so nicht in ausreichendem Mass erfolgen kann. Doch besser ein minimal ausgebautes Projekt als keines. Erschwerend hinzu kommt, dass der Bund den ZUBA im Agglomerationsprogramm nicht prioritär behandelt. «Es ist nun umso wichtiger,

«Es ist nun umso wichtiger, dass der Kanton selbst das Projekt ZUBA konsequent und rasch vorantreibt.» - Rolf Blatter -

dass der Kanton Baselland das Projekt rasch und konsequent selbst vorantreibt», betont Rolf Blatter.

Rheintunnel dauert noch Jahrzehnte

Ein weiteres für die Region essenzielles Strassenprojekt ist der Rheintunnel. Dieser ist als unterirdische Transitautobahn vom Anschluss Birsfelden zur deutschen Grenze geplant. Esther Keller, die grünliberale Baudirektorin des Kantons Basel-Stadt, kündigte Ende November an, dass der Stadtkanton nicht vorhabe, sich gegen die Realisierung des Rheintunnels zu stellen. Aber auch hier liess ein Eingeständnis nicht lange auf sich warten: Keller teilte mit, dass der Rheintunnel ein Verlagerungsprojekt und kein Kapazitätsausbau sei. Daher sei für sie

klar, dass im Gegenzug die Osttangente «teilweise zurückgebaut» werden müsse. Dass der Rheintunnel eine Achse bilden wird, die vor allem dem internationalen Transitverkehr dienen soll, bleibt bei dieser Überlegung jedoch komplett aussen vor. Wie der für die Region weit wichtigere lokale Gewerbe-, Pendel- und Privatverkehr bei einem allfälligen Rückbau der Osttangente in die Stadt Basel und zurück funktionieren soll, bleibt indes ein Mysterium. «Es ist wichtig, dass der Kanton Baselland sich gegen diese absurde Forderung stellt», sagt Blatter. Bis das Projekt Rheintunnel realisiert ist, dauert es jedoch noch viele Jahre, die Eröffnung ist nicht vor 2040 geplant. Bis dahin wird die Bevölkerung und damit auch der Verkehr noch weiter angewachsen sein.



BERUFSLEHRE

Die Berufsbildung stärken

Die Wirtschaftskammer und ihre Landratskandidatinnen und -kandidaten sind sich einig: Die Berufsbildung muss gestärkt werden.

- Reto Anklin -



Auch wenn heute noch die überwiegende Mehrheit der Jugendlichen – konkret sind es zwei Drittel – mit einer Berufslehre in die Arbeitswelt einsteigen, zeigt der Trend bei den jungen Menschen weg von der Lehre hin zur Matura und zu weiterführenden Schulen. Die Folge davon ist ein Fachkräftemangel, den alle Branchen bereits jetzt zu spüren bekommen. «Wir müssen daran arbeiten und das ändern. Wir brauchen dringend qualifizierte Arbeitskräfte», sagt Mitte-Landrat Marc Scherrer. Als stellvertretender Direktor der Wirtschaftskammer Basel-

«Die Berufslehre ist eine erstklassige Grundlage fürs Leben, mit der später alle Möglichkeiten offenstehen.»

- Marc Scherrer -

land und Leiter des Bereichs Berufsbildung ist er am richtigen Ort, wenn es darum geht, den gesellschaftlichen Trend weg von der Berufslehre zu kehren. Die Wirtschaftskammer hat eine Art Scharnierfunktion im Kampf gegen den Fachkräftemangel. «Wir erreichen unser Ziel aber nur, wenn wir die Kräfte bündeln und alle zusammenarbeiten», sagt Scherrer. «Gefragt ist neben den Arbeitgebenden, den Verbänden und der kantonalen Verwaltung auch die Politik, die im Landrat für berufslehrenfreundliche Entscheidungen sorgen muss», betont Scherrer weiter.

Mehr Wertschätzung

Wenn von der Berufslehre die Rede ist, dann weiss Marc Scherrer, wovon er spricht. Vor seinem Wirtschaftsstudium hatte er eine Lehre als Informatiker absolviert. «Die Berufslehre ist eine erstklassige Grundlage fürs Leben, mit der später alle Möglichkeiten offenstehen», sagt Scherrer. Diese Überzeugung will er an die jungen Menschen weitergeben. «Es braucht wieder mehr Wertschätzung für das Erlernen eines

Berufs. Insbesondere auch Eltern und Lehrpersonen sollten die Jugendlichen motivieren, eine Berufslehre zu absolvieren, auf dem Beruf zu arbeiten und sich dann weiterzubilden», sagt Scherrer. Bei den Bemühungen, der Berufslehre wieder mehr Gewicht zu verleihen, spielt die Baselbieter Berufsschau eine entscheidende Rolle. Die Berufsschau findet dieses Jahr zum ersten Mal in der St. Jakobshalle statt und wartet mit Neuerungen auf, an denen mit Hochdruck gearbeitet wird. Ein weiteres Projekt sei die «digitale Berufsschau». Damit sollen sich Schulklassen in einer digitalen Umgebung im Haus der Wirtschaft in Pratteln über die Berufslehre inspirieren und informieren können. Die digitale Berufsschau soll Jugendlichen, Eltern und Lehrpersonen einen niederschweligen Zugang zur Berufslehre und zur Wirtschaft schaffen.

Das Engagement geht noch weiter: «Wir pflegen einen sehr intensiven und konstruktiven Austausch mit dem Kanton und den Schulen und haben in diesem Verbund auch bereits wichtige Arbeitsgruppen zur Stärkung der Berufsbildung lanciert. Ich möchte betonen, dass die Zusammenarbeit aktuell sehr konstruktiv und gut ist», sagt Scherrer.

Unterstützung im Landrat

Sein oberstes Ziel ist es, der Berufsbildung in den kommenden Jahren wieder einen deutlich höheren Stellenwert zu verschaffen. Der Fachkräftemangel muss zurückgehen und die Unternehmen sollen ausgebildetes Fachpersonal finden. «Dann haben wir als Wirtschaftsverband, in Zusammenarbeit mit den Branchenverbänden, dem Kanton und den Schulen, gute Arbeit geleistet», sagt Marc Scherrer. Um dieses Ziel zu erreichen, braucht es auch die Rückendeckung durch einen Landrat, dessen Mitglieder Verständnis haben für die Anliegen der Berufsbildung. Mit der Wahl der von der Wirtschaftskammer empfohlenen Kandidatinnen und Kandidaten ist ein erster Schritt gegen den Fachkräftemangel getan.

MITTE-LANDRAT MARC SCHERRER:
GUT AUSGEBILDETE FACHKRÄFTE SIND
ESSENZIELL FÜR EINE STARKE
WIRTSCHAFTSREGION. FOTO: MARCO PENDT

Sichere Energieversorgung für KMU alternativlos

Viele KMU leiden unter dem Preishammer der hohen Energiekosten. Indessen überweist der Regierungsrat ein neues kantonales Energiegesetz trotz massiver Kritik seitens der Wirtschaftskammer und des HEV unverändert dem Landrat. Der eingeschlagene Weg ist der falsche.

- Dominik Rieder -



DIE WIRTSCHAFT IST AUF EINE SICHERE UND BEZAHLBARE ENERGIEVERSORGUNG ANGEWIESEN. SVP-LANDRAT PETER RIEBLI VOR DEM WASSERKRAFTWERK AUGST. FOTO: MARCO PENDT

KMU leiden unter den hohen Energiekosten. Für nicht wenige sind die Strompreise gar existenzgefährdend. Die Forderung an die Politik ist für Peter Riebli, Fraktionspräsident der SVP Baselland, denn auch klar: «Wir müssen dafür sorgen, dass Unternehmen jederzeit zu guten Konditionen auf Energie zurückgreifen können. Oberstes Ziel der Energiepolitik muss es sein, eine permanente und effiziente sowie nachhaltige Energieversorgung sicherzustellen, die von KMU auch bezahlt werden kann.» Mit der per Januar erfolgten Neubesetzung im UVEK durch Bundesrat Albert Rösli keimt die Hoffnung für eine pragmatischere und lösungsorientierte Energiepolitik.

Kantonales Vorpreschen nicht sinnvoll

Nicht zuletzt vor diesem Hintergrund ist ein kantonales Vorpreschen wenig sinnvoll, auch weil auf Bundesebene zurzeit gleich zwei Gesetzesrevisionen in den Bereichen Klima und Energie beraten werden, die auf die Rahmenbedingungen der kantonalen Energiegesetzgebung einen Einfluss haben werden. Zudem wirkt

das kantonale Energiegesetz bereits heute gut und der Kanton nähert sich Schritt für Schritt den gesetzten Klimazielen. Dies zeigt sich etwa am Baselbieter Energiepaket, das auf Anreize statt auf Verbote setzt. Das Energiepaket setzt dort an, wo mit dem investierten Franken die beste Wirkung erzielt werden kann, nämlich bei der Verbesserung der Energieeffizienz sowie beim Ausbau der erneuerbaren Energien im Gebäudebereich. Alleine dank des Energiepakets wurden im Kanton Baselland im Jahr 2022 knapp 1500 fossile Heizungen durch erneuerbare Heizsysteme ersetzt.

Kantonales Energiegesetz geht in falsche Richtung

Ungeachtet dieser Fortschritte will der Regierungsrat mit einem neuen Energiegesetz aus

der Küche von Grünen-Regierungsrat Isaac Reber in erster Linie auf Pflichten und Verbote setzen. Er hat vergangenen Dezember eine Vorlage – trotz massiver Kritik, unter anderem auch von der Wirtschaftskammer – unverändert dem Landrat überwiesen. Mit der Vorlage missachtet der Regierungsrat explizit den Volkswillen. Erst vor wenigen Monaten hat sich die Baselbieter Stimmbevölkerung mit rund 53 Prozent gegen das CO₂-Gesetz und damit gegen ein Verbot von fossilen Heizungen ausgesprochen. Noch klarer – mit rund 65 Prozent – haben die Baselbieterinnen und Baselbieter im Frühjahr 2022 die Klimainitiative der Grünen abgelehnt. Die beiden Abstimmungen zeigen klar, dass sich eine mehrheitsfähige Klimastrategie nicht einfach auf Verbote und Pflicht abstützen darf. «Wir werden die Vorlage im Landrat bekämpfen. In der vorliegenden Form ist sie für uns inakzeptabel. Daher ist es wichtig, dass uns möglichst viele zukünftige Landrätinnen und Landräte in dieser Sache im Parlament dann unterstützen», sagt Riebli.

«Wir werden diese Vorlage bekämpfen. In der vorliegenden Form ist sie für uns inakzeptabel.» - Peter Riebli -

Neue Modelle für nachhaltige Energieversorgung

Die Wirtschaftskammer und ihre KMU-freundlichen Landratskandidatinnen und -kandidaten unterstützen, dass das Energieeffizienzpotenzial bei den KMU besser erschlossen wird. Dies kann erreicht werden, indem das Gewerbe durch die Energieversorger über die entsprechenden Möglichkeiten informiert und sensibilisiert wird. Weiter kann sich die Wirtschaftskammer vorstellen, dass Anreize für entsprechende Gebäudesanierungen ausgebaut werden. So könnte sich der Kanton etwa an der Finanzierung einer ersten Betriebsoptimierung beteiligen. Bringt diese einen Mehrwert und Kosteneinsparungen, haben die Unternehmen genügend Anreize, um weitere periodische Betriebsoptimierungen durchzuführen.

«Nicht blindlings auf Vermögen zugreifen»

Der Walliser Philipp Bregy ist Nationalrat für die Mitte und Vorstandsmitglied des HEV Schweiz. Im Interview erklärt er die Bedeutung von hauseigentümergefreundlicher Politik auf Bundes-, und Kantonsebene.

- Dominik Rieder-

Im Kanton Basel-Landschaft stehen die Wahlen für das Parlament bevor. Was macht KMU-freundliche Politikerinnen und Politiker aus?

HEV-freundliche Politik setzt sich dafür ein, dass die Hauseigentümerinnen und Hauseigentümer nicht noch weiter belastet werden und die Kosten für das Eigentum gesenkt werden können. Ebenso setzt sich HEV-freundliche Politik dafür ein, dass die Eigenmietwertbesteuerung abgeschafft wird. Und, ganz wichtig, dass keine zusätzlichen Steuern auf Immobilien erhoben werden.

Warum ist es wichtig, dass sich Hauseigentümerinnen und -eigentümer politisch engagieren?

Sie bilden in der Schweiz eine Minderheit. Daher ist die Verlockung gross, diese immer stärker zu belasten, da der allgemeine Eindruck vorherrscht, dass Leute, die ein Haus besitzen, alle Millionäre seien. Das entspricht jedoch nicht den Tatsachen. Hauseigentümerinnen und Hauseigentümer haben oft einen anspruchsvollen Weg gewählt, um zu ihrem Eigentum zu gelangen: Sie haben auf Ferien verzichtet oder intensiv gespart. Daher ist es wichtig, dass sich diese Minderheit politisch für ihre Rechte einsetzt und dazu Sorge trägt, dass diese Rechte nicht beschnitten werden.

Wo sehen Sie die grösste Herausforderung für hauseigentümergefreundliche Politik?

Es besteht klar eine Tendenz, grössere Vermögenswerte zu besteuern. Hieraus lässt sich

ebenso die Tendenz ableiten, dass Eigentum allgemein stärker besteuert werden soll. Eine Entwicklung, die definitiv nicht in unserem Interesse ist.

Wie ist die HEV-Stimmung im Bundeshaus, wird Ihre Stimme gehört?

Der HEV ist im Bundeshaus sehr gut vertreten. Wir haben im Moment aus unserem Vorstand des HEV Schweiz Brigitte Häberli als Ständeratspräsidentin. Ein weiteres Vorstandsmitglied, Maja Riniker, ist soeben zur zweiten Vizepräsidentin des Nationalrats gewählt worden. Die Leute vom HEV haben Einfluss in Bern und wir pflegen einen guten und regen Austausch untereinander. In Bern machen wir im Moment somit durchaus eine Politik für die Hauseigentümerinnen und -eigentümer.

Weshalb engagieren Sie sich persönlich im Vorstand des HEV Schweiz?

Weil ich will, dass Menschen, welche mit ihren eigenen Mitteln Eigentum erworben haben, geschützt werden, ohne dass blindlings auf ihr Vermögen zugegriffen werden kann. Und: Weil ich will, dass der Eigenmietwert endlich abgeschafft wird.

ZUR PERSON

Philipp Bregy, geboren am 7. Juli 1978, ist Vorstandsmitglied des HEV Schweiz und Rechtsanwalt in Brig. Seit 2019 vertritt er den Kanton Wallis im Nationalrat und ist Präsident der Bundeshausfraktion von «Die Mitte».



Wichtiger Schritt in der Wohnbauförderung

Mit der überfälligen gesetzlichen Vorlage für die Wohnbauförderung im Baselbiet geht es nun endlich vorwärts. Der HEV Baselland hat im Erarbeitungsprozess eine Schlüsselrolle eingenommen.

- Daniel Schaub -

Der Verfassungsauftrag zur Wohnbauförderung besteht im Kanton Basel-Landschaft seit dem 9. Februar 2014. Damals hat die Stimmbewölkerung die kantonale Initiative zur «Förderung des selbst genutzten Wohneigentums und des gemeinnützigen Wohnungsbaus» (Wohneigentums-Initiative) mit überwältigender Mehrheit von rund 75 Prozent angenommen. Trotz dieses klaren Verdikts brauchte es viele Jahre und zwei Anläufe, um nun ein breit akzeptiertes Massnahmenpaket zur Entscheidungsreife zu bringen, das die folgenden drei Schwerpunkte beinhaltet:

- **Energie- und Bausparprämien:** Diese schaffen Anreize zum Aufbau von Eigenkapital für den Erwerb von erstmalig selbstgenutztem Wohneigentum oder für energetische Sanierungen. Beim Bausparen muss innerhalb von mindestens fünf und maximal zehn Jahren ein Sparbetrag von 50000 Franken geüfnet sein, um eine Prämie von 20 Prozent (max. 25000 Franken) auszulösen.
- **Altersgerechtes Wohnen:** Altersgerechte Umbauten sollen mittels finanzieller Anreize, Information sowie Beratung der Zielgruppen gefördert werden.
- **Gemeinnütziger Wohnungsbau:** Dieses Teilpaket beinhaltet einen Beratungsteil, Bürgschaften des Kantons für Projektentwicklungsdarlehen bis maximal 2,5 Millionen Franken sowie den Erwerb und die Abgabe von Grundstücken im Baurecht durch den Kanton.

Die Finanzierung des gesamten Massnahmenpakets soll über die bestehende Spezialfinanzierung «Fonds zur Förderung des Wohnungsbaus» (SF) abgewickelt werden, deren Kapital per Ende 2021 bei 40 Millionen Franken lag.

Für Markus Meier, SVP-Landrat aus Gelterkinden, Direktor des HEV Schweiz und damaliges Mitglied des Initiativkomitees der Wohneigentums-Initiative von 2014, stimmt der dank grossem Einsatz des HEV gegangene Weg: «Von der angenommenen Initiative bis zur geplanten Inkraftsetzung des Gesetzes werden zehn Jahre vergangen sein. Es ist höchste Zeit, dass wir diesem Verfassungsauftrag nachkommen.»

«Es ist höchste Zeit, dass wir diesem Verfassungsauftrag nachkommen.»

- Markus Meier -

«Von der angenommenen Initiative bis zur geplanten Inkraftsetzung des Gesetzes werden zehn Jahre vergangen sein. Es ist höchste Zeit, dass wir diesem Verfassungsauftrag nachkommen. Wir konnten unsere wichtigsten Forderungen durchbringen und können mit dem nun geschnürten Gesamtpaket leben.» Für den HEV waren die Anliegen im Bausparen und die entsprechenden Prämien auch bei energetischen Sanierungen sowie die Förderung des altersgerechten Wohnens zentral.

Das Initiativkomitee «Wohnen für alle» würde bei einer Annahme der Vorlage im Landrat mit einer 4/5-Mehrheit ohne darauffolgendes Referendum seine Initiative zurückziehen. Das neue Gesetz über die Wohnbauförderung (WFG) soll gemäss aktuellem Zeitplan am 1. Januar 2024 in Kraft treten.

Ein alter Zopf: der Eigenmietwert

Seit vielen Jahren wird in hoher Intensität auf nationaler und kantonaler Ebene um die Zukunft des Eigenmietwerts gestritten. Dabei gehört diese fiktive Steuer schon längst abgeschafft. Der HEV Baselland und seine Landratskandidatinnen und -kandidaten setzen sich dafür ein.

- Daniel Schaub -

2. Erhöhung Eigenmietwert



Referent:
Stefan Degen
Landrat FDP Baselland

Der Eigenmietwert für selbst genutztes Wohneigentum ist ein Dauerbrenner in der Themenslandschaft des HEV Baselland. Und ein seit Jahrzehnten höchst umstrittenes Dossier, das nicht selten vor dem Bundesgericht landet. Auf nationaler Ebene wird derzeit intensiv über das Thema beraten – der Ausgang ist ungewiss. Der HEV setzt sich schon seit längerem für eine Abschaffung dieser fiktiven und ungerechten Einkommenssteuer ein. Denn effektiv wird gar kein Einkommen erzielt, sondern der Eigenmietwert entspricht einem Prozentsatz des Marktmietwertes, der bei einer Weitervermietung der Liegenschaft erzielt werden könnte. «Der Eigenmietwert ist ein uralter Zopf, der eigentlich schon längst abgeschnitten gehört», sagt Stefan Degen, Landrat der FDP Gelterkinden und Präsident der Baselbieter Steuerliga.

Nicht akzeptierte Volksentscheide

Im Baselbiet schwelt die Auseinandersetzung über die Höhe des Eigenmietwerts schon seit vielen Jahren. 2016 führte ein Bundesgerichtsurteil dazu, dass die Wohneigentümerinnen und -eigentümer auf einen Schlag 16 Millionen Franken mehr an Eigenmietwertsteuern hätten abliefern müssen. Der HEV Baselland lancierte damals die Wohnkosten-Initiative, die mit 21 000 gesammelten Unterschriften ein durchschlagender Erfolg war. Mit über 80 Prozent wurde danach ein Gegenvorschlag, der die wesentlichen Punkte der Initiative aufnahm, an der Urne angenommen. Doch selbst klare Mehrheiten reichen manchmal nicht aus, um Ruhe einkehren zu lassen. Der Mieterverband bemühte neuerlich das Bundesgericht, das im Sommer 2021 jedoch die angebliche Privilegierung der Hauseigentümer nicht bestä-

**EIGENMIETWERTE FÜR SELBST-
GENUTZTES EIGENTUM SIND DER
DAUERBRENNER BEIM HEV.
FDP-LANDRAT STEFAN DEGEN
AN EINEM ANLASS IM HDW.**

«Der Eigenmietwert ist ein alter Zopf, der eigentlich schon längst abgeschnitten gehört.» - Stefan Degen -

tigte und die Beschwerde abwies. Das Ende der Eigenmietwertstange ist damit aber trotzdem noch nicht erreicht.

Aufwendiges Berechnungsmodell

In Baselland wurde durch das kantonale Parlament im Herbst 2022 eine Vorlage der Regierung sistiert, die eine neue Berechnungsgrundlage für den Eigenmietwert vorsah. Das Bundesgericht hatte verlangt, dass der minimal geforderte Ansatz von 60 Prozent des Marktwertes nicht nur im Durchschnitt, sondern in jedem einzelnen Fall gewährleistet sein muss. Da es aber im Kanton bisher keine Datengrundlage zur Berechnung der Wohnfläche gab, wurde ein kompliziertes und unsinniges Modell zur Wohnflächenberechnung erarbeitet. Dieses würde in der Realität dazu führen, dass die noch vor wenigen Jahren verhinderte Mehrbelastung durch die Hintertür wieder eingeführt wäre.

Die Regierung verspricht zwar Kompensation über die Vermögenssteuerreform II, doch gerade für weniger gut situierte und ältere Hauseigentümerinnen und -eigentümer werden teilweise markante Mehrbelastungen nicht zu vermeiden sein. Das Modell ist in diesem Sinne schlicht nicht sozial. «Ich bin froh, dass wir im kantonalen Parlament einen Halt in diesem Dossier durchsetzen konnten. So kann in Ruhe nochmals hinterfragt werden, ob der riesige Aufwand, der mit einer Wohnflächenerhebung verbunden wäre, wirklich im Verhältnis zum Nutzen steht», sagt Degen. In diesem Sinne sei auch zu prüfen, ob die Anpassungen bei der Einkommens- und Vermögenssteuer nicht schon jetzt vorgenommen werden sollen und erst dann die Vorlage zur Anpassung des Eigenmietwertes wieder aktiviert wird.

Einsatz des HEV Baselland

Dass man diese vernünftige Denkpause einlegt, um auch die nationale Entwicklung in Sachen Eigenmietwertbesteuerung abzuwarten, ist dem Einsatz des HEV Baselland und seiner Landrätinnen und Landräte zu verdanken. Seit vielen Jahren setzen sich der kantonale Verband und seine Sektionen dafür ein, dass die eigentümergefreundliche Besteuerung im Kanton erhalten bleibt.

«Das hat Strahlkraft auf den ganzen Kanton»

In der Gemeinde Münchenstein laufen zwei kommunale Themen aus dem Ruder, die durchaus Auswirkungen auf andere Gemeinden und den Kanton haben könnten. FDP-Landrätin Christine Frey setzt sich mit ganzer Kraft gegen diese Entwicklungen ein.

- Daniel Schaub -



FDP-LANDRÄTIN CHRISTINE FREY AN IHREM WOHNORT MÜNCHENSTEIN, WO DIE MEHRWERTABGABE ZU EINEM ECHTEN PROBLEM WIRD.

FOTO: MARCO PENDT

Das Vorpreschen der Gemeinde Münchenstein stand am Anfang der Entwicklung. Diese wollte eine generelle Mehrwertabgabe von 50 Prozent bei Ein-, Aus- und Umzönungen einföhren, obwohl das entsprechende kantonale Gesetz, das an der Urne im Jahr 2019 vom Baselbieter Stimmvolk deutlich angenommen worden war, eine maximale Abgabe von 20 Prozent des Mehrwerts ausschliesslich bei Einzönungen vorsieht. Für Auf- und Umzönungen gibt es nach bisherigem kantonaem Recht gar keine Mehrwertabgabe zu erheben. Der Gemeinde Münchenstein war dieser demokratische Entscheid im Kanton ein Dorn im Auge – sie ging vor Bundesgericht, das sich in der Tat

auf die Gemeindeautonomie in dieser Frage bezog. Zufall oder nicht: Nach über drei Jahren Stillstand legte die Baselbieter Baudirektion am 14. Dezember eine neue Gesetzesvorlage vor, die von einem Mehrwertsatz von mindestens 30 Prozent ausgeht und den Gemeinden auch überlässt, höhere Ansätze zu wählen. Ein Steilpass in Richtung der nur wenige Tage später anberaumten Gemeindeversammlung in Münchenstein, an der Gemeinderat wieder mit einem Antrag mit der 50-Prozent-Regelung ankam – mit der lapidaren Begründung, dass man so schon einmal eine Bestimmung auf Vorrat hätte. Der neue kantonale Freipass aus dem Hause Reber allerdings ist erst im Stadium der Vernehmlassung – und die bürgerlichen Verbände und Parlamentarier werden ihn mit Entschlossenheit bekämpfen.

Verdichtung ausbremsen

FDP-Landrätin Christine Frey, die gleichzeitig Präsidentin des HEV Münchenstein ist, kann das Vorgehen in Münchenstein und auch die neue kantonale Vorlage nicht nachvollziehen: «Alle wünschen sich Verdichtung, da kann es nicht sein, dass Zonenanpassungen und Quartierpläne, die diesem Anspruch gerecht werden wollen, mit einer derart hohen Belastung ausgebremst werden.» Frey ist in dieser Frage nicht für die nun vorgelegte generelle und stark überhöhte Mehrwertabgabe, sondern für eine Einzelfallbetrachtung, wie sie aktuell in den meisten Gemeinden im Baselbiet gehandhabt wird.

Die Landrätin aus Münchenstein stört sich auch daran, dass die Erlöse aus dieser Mehrwertabgabe in Münchenstein in einen Fonds wandern sollen, aus dem so ziemlich alle Projekte in der Gemeinde finanziert werden können. „Die Gelder müssten zweckgebunden und innerhalb der Zonen und Quartierpläne investiert werden, die die Mehrwertabgabe durch die Eigentümerschaft ausgelöst haben.“

30 Prozent mehr Wassergebühren

Dass der Gemeinderat in Münchenstein in seiner Handlungsweise immer mal wieder über-

zieht, zeigt ein anderes Beispiel. Seit Anfang 2021 gab er sich im neuen Wasserreglement, die Kompetenz, die Wassergebühren selbst festlegen zu dürfen. Dies hat er nun genutzt, in dem er die Gebühren für Gebrauchswasser per 1. Januar 2023 um sagenhafte 30 Prozent (!) erhöhen will. Kommuniziert wurde dies mit einem minimalen Abschnitt auf der Webseite und im Wochenblatt. Und die Erhöhung widerspricht einer Empfehlung von Preisüberwacher Stefan Meierhans, der noch im April 2022 gegenüber der Gemeinde in aller Deutlichkeit festgehalten hatte: «Auf eine Gebührenerhöhung ist auf jeden Fall zu verzichten.»

Dies vor allem aufgrund einer festgestellten Kostenüberdeckung der Wasserrechnung 2021 von 237'000 Franken, hohen Reserven und hohen Einnahmen aus den Anschlussge-

bühren. Im Grunde, so kam der Preisüberwacher zum Schluss, müsste er aufgrund einer derartigen Situation in Münchenstein sogar eine Gebührensenkung empfehlen. «Es kann nicht sein, dass unter diesen Umständen trotzdem eine solche Gebührenerhöhung vollstreckt wird, ohne dass klar wird, für was das zusätzliche Geld verwendet werden soll. Es fehlt ein Plan über geplante Investitionen, um eine Erhöhung von 30 Prozent rechtfertigen zu können», sagt Christine Frey.

«Alle wünschen sich Verdichtung – und dann wird diese mit derart hohen Belastungen ausgebremst.»

- Christine Frey -

Die beiden Beispiele zeigen, dass es auch auf kommunaler Ebene immer wieder Vorgänge gibt, die von aufmerksamen Politikerinnen und Politikern rechtzeitig identifiziert werden müssen, um negative Auswirkungen im grösseren Stil verhindern zu können. «Solche Themen haben durchaus Strahlkraft auf andere Gemeinden oder auf den ganzen Kanton», findet Frey, die sich generell gegen zusätzliche Verbote, Bevormundungen und Mehrbelastungen einsetzt. «Es geht mir um den gesunden Menschenverstand und den ungewünschten Eingriff ins private Eigentum», sagt sie. Dass ein Gemeinderat lapidar argumentieren kann, man habe ja bisher noch immer gewonnen vor Gericht, erachtet sie schlicht als fahrlässigen Umgang mit Steuergeldern.

Empfohlene Kandidatinnen und Kandidaten

Ihre Stimme zählt – auf den folgenden Seiten empfehlen wir Ihnen Kandidatinnen und Kandidaten für den Baselbieter Landrat, die KMU- und hauseigentumsfreundlich politisieren.

WAHLKREIS ALLSCHWIL



Gemeinden im Wahlkreis
Allschwil und Schönenbuch

Anzahl Landratsmandate
7

Das sagen die KMU

Inzwischen wissen alle, dass sich das Bachgrabengebiet rasant entwickelt. Die Politik ist stolz auf das Vorzeigequartier, doch die Infrastruktur ist in den 1990er-Jahren stecken geblieben. Der motorisierte Individualverkehr nimmt ständig zu und der ÖV krankt. Immerhin hat der Landrat die Planungsgelder für den Zubringer Bachgraben-Allschwil (Zuba) freigegeben, doch gebaut ist noch nichts. Ich erwarte vom Regierungsrat, dass er das Projekt vorantreibt – mit oder ohne Bundesgelder. Jetzt braucht es Macher, keine Zögerer! Und noch eine Bitte an die Politik: Projekte, die Allschwil betreffen, dürfen nicht

über den Köpfen der Einwohnerinnen und Einwohner beschlossen werden. Ich denke da besonders an die Verlängerung der Tramlinie 8 durch die Binneringerstrasse bis in den Raum Gartenhof. So ein Vorgehen ist unverständlich und löst Kopfschütteln aus.

Roland Naef, Präsident KMU Allschwil-Schönenbuch

Das sagt der HEV

Von den Mitgliedern des Landrates und des Regierungsrates erwarte ich künftig, dass man sich immer wieder an den verfassungsmässigen Auftrag erinnert, dass der Erwerb und Erhalt von Wohneigentum zu fördern ist. Diesem Auftrag haben sowohl die Vertreterinnen und Vertreter der legislativen wie auch der exekutiven Behörden Nachachtung zu verschaffen. In diesem Sinne wünsche ich mir, dass sich die zur Wahl empfohlenen Vertreterinnen und Vertreter in Landrat und Regierungsrat dafür einsetzen, dass keine zusätzlichen Belastungen (insbesondere Abgaben), Einschränkungen (z.B. durch Bauvorschriften) und Verbote (z.B. fossile Heizungen) zulasten der Grundeigentümerinnen und -eigentümer eingeführt werden.

Bruno Nüssli, Präsident HEV Allschwil-Schönenbuch

Empfohlene Bisherige:

ROBERT VOGT



FDP
61 Jahre
Allschwil

KMU ✓
HEV ✓

FLORIAN SPIEGEL



SVP
33 Jahre
Allschwil

KMU ✓

Empfohlene Neue:

SIBYLLE FRINGELI



FDP
53 Jahre
Schönenbuch

HEV ✓

NICO JONASCH



FDP
32 Jahre
Allschwil

KMU ✓
HEV ✓

URS POZIVIL



FDP
34 Jahre
Allschwil

KMU ✓

DAMIAN SCHALLER



FDP
44 Jahre
Allschwil

HEV ✓

LOUIS SEIFRIED



Mitte
40 Jahre
Allschwil

KMU ✓
HEV ✓

LAURA SPIELMANN-AVELLINA



Mitte
49 Jahre
Allschwil

HEV ✓

TOBIAS STÖCKLIN



Mitte
51 Jahre
Allschwil

HEV ✓

HENRY VOGT



SVP
51 Jahre
Allschwil

KMU ✓

WAHLKREIS BINNINGEN



Gemeinden im Wahlkreis Binningen und Bottmingen

Anzahl Landratsmandate 7

Das sagen die KMU

Ich würde mir wünschen, dass der Kanton endlich das Verkehrsproblem in den Griff bekommt. Trotz Ankündigungen und Versprechen der Regierung erstickt das Baselbiet weiterhin im Stau, was in unseren beiden Gemeinden täglich zu beobachten ist. Was das für Folgen für die regionalen KMU hat, liegt auf der Hand: Termine können kaum mehr eingehalten werden, das kostet Geld und Nerven. Ebenfalls ein Dauerärgernis ist die begrenzte Verfügbarkeit von Parkplätzen für das Gewerbe. Fast unbemerkt reduziert sich ihre Anzahl stetig, und wieder einmal sind die Unternehmen beziehungsweise ihre Kundinnen und Kunden die Leidtragenden. Auch hier wünsche ich mir von der Politik endlich konkrete Schritte, um dieses Problem im Sinne der KMU zu lösen.

Yves Bandini, Vizepräsident KMU Binningen-Bottmingen

Das sagt der HEV

In der neuen Legislatur werden klimapolitische Forderungen von links-grüner Seite stehen, welche die Eigentums- und Selbstbestimmungsrechte der Hauseigentümerinnen und -eigentümer mit dem Argument des Klimaschutzes deutlich beschneiden wollen—dies auf kantonaler und kommunaler Ebene. Es ist eine wahre Regulierungsflut zu erwarten, ebenso Malus-Systeme mit höheren Abgaben zulasten der HEV-Mitglieder. Vor-

stösse wie «Regenwassermanagement» auf dem Grundstück wie in Binningen drohen uns neben dem unsäglichen Eigenmietwert noch zusätzlich finanziell zu belasten. Der Regierungsrat muss Lösungen zum Klimaschutz vorschlagen, die auf Anreizen basieren und nicht auf verschärften, teuren Regulierungen. Im Landrat müssen die bürgerlichen Vertreterinnen und Vertreter kreative Vorstösse einreichen, damit den Klima-Extremforderungen von linker Seite der Wind aus den Segeln genommen wird. Wir erwarten auch weitere Anreize und steuerliche Abzüge bei energetischen Sanierungen.

Dr. Sven Oppliger, Präsident HEV Binningen Bottmingen Oberwil

Empfohlene Bisherige:

SVEN INÄBNIT



FDP
58 Jahre
Binningen

KMU ✓
HEV ✓

MARC SCHINZEL



FDP
59 Jahre
Binningen

KMU ✓
HEV ✓

Empfohlene Neue:

PETER FRAUCHIGER



FDP
52 Jahre
Binningen

HEV ✓

SUSANNA KELLER



SVP
64 Jahre
Binningen

HEV ✓

CHRISTIAN SCHMID



SVP
28 Jahre
Binningen

HEV ✓

STEPHAN SIEGEL



SVP
48 Jahre
Binningen

HEV ✓

KONRAD WIDMER



SVP
61 Jahre
Binningen

HEV ✓

WAHLKREIS GELTERKINDEN



Gemeinden im Wahlkreis

Anwil, Buus, Gelterkinden, Hemmiken, Kilchberg, Maisprach, Oltingen, Ormalingen, Rickenbach, Rothenfluh, Rünenberg, Tecknau, Wenslingen, Zeglingen

Anzahl Landratsmandate

6

Das sagen die KMU

In Kürze werden bei den kantonalen Wahlen die Weichen der Baselbieter Politik neu gestellt. Somit ist der Wahlreigen eröffnet – die National- und Ständeratswahlen sowie jene des Gemeinderats folgen bald. Ob nun auf kommunaler, kantonaler oder eidgenössischer Ebene: Die KMU-Wirtschaft ist in der Schweiz von immenser Bedeutung

und stellt das Gros der Arbeits- und Ausbildungsplätze. Dementsprechend erwartet die Wirtschaft, dass die Politikerinnen und Politiker diesem Umstand – und ihrem Gewerbe – Sorge tragen. Im Oberbaselbiet pflegen wir ein gesundes Miteinander von Politik, Verwaltung und Wirtschaft. Man kennt sich, ist nahe beieinander und hilft sich. Diese Hilfsbereitschaft hat sich insbesondere in der Pandemiezeit eindrücklich gezeigt – und genau diesen Geist des Miteinanders wünsche ich mir auch unabhängig von Viren und anderen Krisen.

Marc Grieder, Präsident Gewerbeverein Gelterkinden und Umgebung

Das sagt der HEV

Auf die Baselbieter Grund- und Wohneigentümer kommen wichtige politische Geschäfte zu, vorab in den Bereichen Energie, Raumplanung, Bauvorschriften, Wohneigentumsbesteuerung und -förderung. Die Vorlagen für ein revidiertes Energiegesetz und die Änderung des Gesetzes über die Abgeltung von Planungsmehrwerten liegen vor, ebenso für die Wohneigentumsförderung. Beim Baugesetz sind neue Auflagen und Verbote im Anzug. In der Vermögensbesteuerung drohen höhere Katasterwerte und nach dem erhofften Bundesbeschluss ist der Eigenmietwert abzuschaffen. Von Regierung und Parlament erwarte ich eine faire Wohn- und Eigentumspolitik. Vorschriften müssen praxisfreundlich und Abgaben fair und massvoll sein. Eigentumsfreiheit und -rechte sind zu respektieren. Die öffentliche Hand hat Bürgerinnen und Bürgern zu dienen. Sie hat nicht Ideologien und Selbstzweck zu bedienen.

Markus Meier, Landrat, Präsident HEV Gelterkinden und Umgebung

Empfohlene Bisherige:

STEFAN DEGEN



FDP
41 Jahre
Gelterkinden

KMU
HEV ✓

MARKUS GRAF



SVP
52 Jahre
Maisprach

KMU
HEV ✓

MARKUS MEIER



SVP
61 Jahre
Ormalingen

KMU
HEV ✓

Empfohlene Neue:

DARIO RIGO



Mitte
52 Jahre
Ormalingen

HEV ✓

RAPHAEL WIESNER



SVP
35 Jahre
Kilchberg

HEV ✓

RAOUL WYSS



SVP
48 Jahre
Anwil

HEV ✓

WAHLKREIS LAUFEN



Gemeinden im Wahlkreis

Blauen, Brislach, Burg, Dittingen, Duggingen, Grellingen, Laufen, Liesberg, Nenzlingen, Roggenburg, Röschenz, Wahlen, Zwingen

Anzahl Landratsmandate

6

Das sagen die KMU

Ich freue mich für das Laufental, wenn wir auch in der nächsten Legislaturperiode auf sechs Parlamentsmitglieder zählen können, denen unser Tal wichtig ist. Die Vergangenheit hat gezeigt, dass wir unsere Landrätinnen und Landräte jederzeit ansprechen konnten und diese in Liestal alle Hebel in Bewegung gesetzt habt, wenn es für das Laufental wichtig war. Gerne würden wir auch in Zukunft bei unseren politischen Vertreterinnen und Vertretern auf offene Ohren stossen, sei das wegen des drohenden Chaos auf den Strassen während des Doppelspurausbaus der Bahn, wegen des täglichen Verkehrsstaus am Angenstein oder wegen einer Gesetzesänderung, damit in Laufen auch ein zweiter Weihnachtsverkauf stattfinden darf. Nur gemeinsam erreichen wir unsere Ziele, nur gemeinsam bringen wir das Laufental weiter. Dafür bedanke ich mich bereits im Voraus!

*Martin Schindelholz, Vizepräsident KMU
Gewerbeverein Laufental*

Das sagt der HEV

Da die Sektion Laufen nicht Mitglied des Kantonalverbandes HEV Baselland ist, erfolgen für die Kandidatinnen und Kandidaten aus dem Laufental keine Empfehlungen.

Empfohlene Bisherige:

MARC SCHERRER



Mitte
36 Jahre
Laufen

KMU ✓

MARTIN DÄTWYLER



FDP
53 Jahre
Laufen

KMU ✓

ERMANDO IMONDI



SVP
60 Jahre
Zwingen

KMU ✓

JACQUELINE WUNDERER



SVP
58 Jahre
Röschenz

KMU ✓

Empfohlene Neue:

STEFAN FINCKH



FDP
45 Jahre
Röschenz

KMU ✓

ROLAND STOFFEL



FDP
56 Jahre
Laufen

KMU ✓

AGNES HÜGLI



Mitte
60 Jahre
Brislach

KMU ✓

HARALD SCHMIDLIN



Mitte
49 Jahre
Zwingen

KMU ✓

REGINA WEIBEL



Mitte
56 Jahre
Dittingen

KMU ✓

NANDOR FREY



SVP
22 Jahre
Laufen

KMU ✓

CEDRIC JEANBOURQUIN



SVP
32 Jahre
Laufen

KMU ✓

WAHLKREIS LIESTAL



Gemeinden im Wahlkreis

Bubendorf, Lausen, Liestal, Lupsingen, Ramlinsburg, Seltisberg, Ziefen

Anzahl Landratsmandate

9

Das sagen die KMU

Wir wünschen uns Politikerinnen und Politiker, die sich für die Wirtschaftsstandorte Baselland und im Speziellen Liestal engagieren. Menschen, die erkennen, dass für eine gut funktionierende Wirtschaft attraktive Standorte und Rahmenbedingungen notwendig sind. Dass Stadtzentren nicht nur optisch ansprechend sein sollen, sondern auch belebt sein müssen, um wirtschaftlich zu gedeihen. Wir erwarten, dass unsere Politikerinnen und Politiker etwas ermöglichen wollen, ökonomische und ökologische Zusammenhänge verstehen und durch ihre Entscheide positive Signale für unseren Wirtschaftsstandort senden. Schlussendlich geht es darum, dass sie akzeptieren, dass Standorte nur dann attraktiv sind, wenn sie wirtschaftlich prosperieren. Gleichzeitig entsteht dadurch die Basis für Steuereinnahmen, die unsere Sozialpolitik und den Wandel in eine ökologische Zukunft ermöglichen.

Matthias Renevey, Präsident KMU Liestal

Das sagt der HEV

In Liestal wird derzeit viel gebaut. Als HEV wünschen wir uns eine aktive periodische Information der Hauseigentümerinnen und -eigentümer zu den laufenden und bevorstehenden Projekten wie dem

Bahnhof SBB, der Neugestaltung der Allee, beim ehemaligen Postgebäude, beim Lüdin-Areal und beim Orisbach. Unsere Interessen sollen berücksichtigt werden, bei der Erhebung von Infrastrukturbeiträgen bei Quartierplanvorhaben wünschen wir uns eine Beschränkung auf das Notwendigste. Ausserdem sollen Parkplätze in Liestal bei angemessenen Gebühren erhalten werden. Generell erwarten wir von Regierungs- und Landrat Anreize für energetische Sanierungen statt Verbote. Die traditionell haus-eigentümerfreundliche Besteuerung im Kanton Basel-Landschaft soll langfristig erhalten bleiben, um wichtiges Steuersubstrat nicht zu verlieren. Insbesondere soll die Eigenmietwertbesteuerung möglichst tief gehalten werden. Auch bei der Mehrwertabgabe soll nicht mehr verlangt werden, als der Bund vorschreibt. PV-Anlagen sollen durch raumplanerische und finanzielle Massnahmen gefördert werden, zum Beispiel durch die Lockerung der restriktiven PV-Vorschriften in Kernzonen.

Alexander Heinzemann, Präsident HEV Liestal und Umgebung

Empfohlene Bisherige:

THOMAS EUGSTER



FDP
52 Jahre
Liestal

KMU
HEV ✓

HEINZ LERF



FDP
66 Jahre
Liestal

KMU ✓

DIETER EPPLER



SVP
67 Jahre
Liestal

KMU ✓

RETO TSCHUDIN



SVP
38 Jahre
Lausen

KMU
HEV ✓

Empfohlene Neue:

ROGER BALLMER



FDP
59 Jahre
Liestal

KMU
HEV ✓

WERNER FISCHER



FDP
59 Jahre
Liestal

KMU ✓

RICHARD GAFNER



FDP
61 Jahre
Liestal

KMU ✓

LUCCA GLOOR



FDP
23 Jahre
Lausen

KMU ✓

DANIELA REICHENSTEIN



FDP
54 Jahre
Liestal

KMU
HEV ✓

ANNETTE VOGT



FDP
32 Jahre
Lupsingen

HEV ✓

MATTHIAS OETTERLI



Mitte
48 Jahre
Lausen

HEV ✓

CLAUDIO WYSS



Mitte
65 Jahre
Liestal

KMU ✓

LORENZ HOLINGER



SVP
31 Jahre
Liestal

KMU ✓

DANIEL JURT



SVP
61 Jahre
Liestal

HEV ✓

ERNST LÜTHI



SVP
58 Jahre
Ramlinsburg

KMU ✓
HEV ✓

MARKUS RUDIN



SVP
62 Jahre
Liestal

KMU ✓
HEV ✓

WAHLKREIS MÜNCHENSTEIN



Gemeinden im Wahlkreis

Arlesheim und Münchenstein

Anzahl Landratsmandate

6

Das sagen die KMU

Als Präsident eines Gewerbe- und Industrievereins erwarte ich, dass die Anliegen, Sorgen und Ängste der Gewerbetreibenden ernst und nicht nur zur Kenntnis genommen werden. Politik und Gewerbe müssen gemeinsam tragfähige Lösungen zugunsten unserer KMU-Betriebe, welche den Rückhalt unseres Wirtschaftssystems bilden, ausarbeiten und zusammen die Umsetzung in Angriff nehmen. Meines Erachtens muss es uns gelingen, dass die Politik die Betroffenen zu Beteiligten an den entsprechenden Lösungen macht, so kann die Zusammenarbeit von Politik und Gewerbetreibenden weiter gestärkt werden. Denn nur gemeinsam können wir tragfähige Lösungen entwickeln.

Philipp Hägeli, Präsident Arlesheimer Gewerbe – und Industrieverein

Das sagt der HEV

In den beiden Gemeinden des Wahlkreises Münchenstein gab es zuletzt kommunale Dossiers, gegen die sich die Sektionen des Hauseigentümergeverbandes mit grosser Vehemenz eingesetzt haben. In Münchenstein waren zwei davon an der Gemeindeversammlung vom 19. Dezember 2022 traktandiert. Dabei ging es um den Alleingang des Gemeinderats Münchenstein in Sachen Mehrwertabgabe, der einen völlig unrealistischen

Ansatz von 50 Prozent bei Ein-, Auf- und Umzügen einführen will, sowie um die Erhöhung der Gebrauchswassergebühren um sagenhafte 30 Prozent per 1. Januar 2023 (vgl. Artikel auf den Seiten 18 und 19). In Arlesheim wollte der Gemeinderat bei der Revision des Kernzonenplans sehr tief in die Eigentümerrechte der Hausbesitzerinnen und -besitzer eingreifen. In allen Dossiers haben die dem HEV nahestehenden Politikerinnen und Politiker wirkungsvoll Gegensteuer gegeben. Für uns ist zentral, dass solche Themen transparent, offen und unter Einbezug aller betroffenen aufgegleist und nicht in den stillen Behördenkammern ausgebrütet werden. Dafür setzen wir uns als HEV-Sektionen auch in den kommenden Jahren ein und sind froh um den Support der Politikerinnen und Politiker, die unsere Werte teilen.

Christine Frey, Präsidentin HEV Münchenstein

Empfohlene Bisherige:

CHRISTINE FREY



FDP
55 Jahre
Münchenstein

KMU ✓
HEV ✓

BALZ STÜCKELBERGER



FDP
50 Jahre
Arlesheim

KMU ✓

Empfohlene Neue:

SVEN MATHIS



FDP
42 Jahre
Münchenstein

HEV ✓

DAVID MEIER



FDP
57 Jahre
Münchenstein

HEV ✓

STEFAN HAYDN



SVP
50 Jahre
Münchenstein

HEV ✓

ROGER PFISTER



SVP
71 Jahre
Arlesheim

HEV ✓

WAHLKREIS MUTTENZ



Gemeinden im Wahlkreis

Birsfelden und MuttENZ

Anzahl Landratsmandate

8

Das sagen die KMU

Die KMU bilden bekanntlich das Rückgrat der Schweizer Volkswirtschaft. Vor diesem Hintergrund müssen sich die politischen Anstrengungen auch im Baselbiet darauf ausrichten, den KMU einen möglichst grossen Handlungsspielraum zu verschaffen. Dies beinhaltet insbesondere auch die Reduzierung von gesetzlichen Normen und Vorschriften sowie administrative

Entlastungen zugunsten der Betriebe. Dies ist die Voraussetzung zur Schaffung von Arbeitsplätzen, volkswirtschaftlichem Wohlstand und von Rahmenbedingungen, die unsere KMU konkurrenzfähig machen. Gegensteuer muss die Politik unbedingt auch beim Thema Fachkräftemangel geben, denn die Rekrutierung qualifizierter Fachkräfte stellt viele kleine und mittlere Unternehmen vor grosse Schwierigkeiten. Ich erwarte vom neuen Landrat und von der neuen Regierung, dass sie sich ernsthaft mit den Problemen der KMU auseinandersetzen.

Beat Huesler, Präsident KMU MuttENZ

Das sagt der HEV

Das untere Baselbiet und insbesondere die Gemeinden MuttENZ und Birsfelden, wo sich die Hauptverkehrsachsen zwischen Rhein und den ersten Jurahöhen durch ein Nadelöhr zwingen müssen, sind extrem verkehrsgeplagt. Nicht nur den Hauseigentümerinnen und Hauseigentümern, sondern der ganzen Bevölkerung macht der deutlich zunehmende Schleichverkehr durch die Wohnquartiere, verursacht durch die oft überlasteten Durchgangsstrassen, enorm zu schaffen. Damit verbunden, mindern die Lärmimmissionen und die schlechte Luft die Lebensqualität merklich. Der HEV MuttENZ unterstützt und empfiehlt daher bei den anstehenden Landratswahlen wohneigentumsnahe Kandidatinnen und Kandidaten des Wahlkreises MuttENZ/Birsfelden, die sich im Kantonsparlament für Konzepte, die einen besseren Verkehrsfluss ermöglichen, einsetzen werden.

Jürg Bolliger, Vizepräsident HEV MuttENZ

Empfohlene Bisherige:

ALAIN BAI



FDP
29 Jahre
MuttENZ

KMU ✓
HEV ✓

SIMON OBERBECK



Mitte
39 Jahre
Birsfelden

KMU ✓

ANITA BIEDERT



SVP
69 Jahre
MuttENZ

KMU ✓
HEV ✓

MARKUS BRUNNER



SVP
53 Jahre
MuttENZ

KMU ✓
HEV ✓

Empfohlene Neue:

NICOLE HATZ



FDP
50 Jahre
Birsfelden

KMU ✓

DORIS RUTISHAUSER SANER



FDP
59 Jahre
MuttENZ

KMU ✓
HEV ✓

SACHA TRUFFER



FDP
51 Jahre
Birsfelden

KMU ✓
HEV ✓

FRANZISKA EGLOFF



Mitte
55 Jahre
MuttENZ

HEV ✓

THOMAS SCHAUB



Mitte
53 Jahre
MuttENZ

KMU ✓

DOMINIK STRAUMANN



SVP
46 Jahre
MuttENZ

KMU ✓
HEV ✓

MARC HERB



GLP
45 Jahre
MuttENZ

KMU ✓

WAHLKREIS OBERWIL



Gemeinden im Wahlkreis

Biel-Benken, Ettingen, Oberwil und Therwil

Anzahl Landratsmandate

10

Das sagen die KMU

In den letzten Jahren hat sich auf den Baselbieter Strassen einiges getan. Leider nur im negativen Sinn. Die Stausituation hat sich weiter zugespitzt, Verkehrsgengpässe haben zugenommen – die Gemeinden im Leimental können ein Lied davon singen. Ein untragbarer Zustand, vor allem für das Gewerbe. Weil auch bei der Sicherstellung der Parkplätze und beim Ausbau des Hochleistungsstrassennetzes wenig bis gar nichts geht, erwarte

ich, dass nach den Wahlen ein Ruck durch die Baselbieter Politik geht. Es braucht jetzt rasch Lösungen! Dies gilt ebenso für das zweite grosse Thema, das die KMU umtreibt: den Fachkräftemangel. Gute Lehrlinge gibt es kaum noch und auch Grenzgänger sind rar geworden. Das führt bei den Betrieben zu Existenzängsten. Die Politik muss hier unbedingt etwas tun.

Martin Zimmermann, Präsident KMU Ettingen

Das sagt der HEV

Die in Therwil aktuell diskutierte Vorlage zur Einführung eines neuen Fonds für Infrastrukturbeiträge bei neuen Quartierplanungen werden wir kritisch begleiten. Bei diesen zusätzlichen Belastungen für Grundeigentümerinnen und -eigentümer ist zu vermuten, dass sich andere Gemeinden dem Vorgehen Therwils anschliessen. Verhindern lässt sich diese Abgabe grundsätzlich wohl kaum, aber wir möchten die Bemessungsgrundlagen und die Höhe der Beiträge möglichst eigentümerfreundlich ausgestaltet haben. Es besteht die Gefahr einer heimlichen Mehrwertabgabe auf Um- und Aufzonen, welche im Gesetz nicht vorgesehen ist. Bekämpfen werden wir auf kantonaler Ebene die aktuell sistierte Vorlage zur Wohnflächenerhebung, die zu höheren Eigenmietwerten führen wird und die Revision des Energiegesetzes mit seinen zahlreichen Verpflichtungen und Verboten. Hier soll der Schwerpunkt – wie es sich in der Vergangenheit bestens bewährt hat – auf die Schaffung von Anreizsystemen gesetzt werden.

Adrian Müller, Präsident HEV Therwil Ettingen Biel-Benken

Empfohlene Bisherige:

ANDREAS DÜRR



FDP
60 Jahre
Biel-Benken

KMU ✓
HEV ✓

PASCAL RYF



Mitte
43 Jahre
Oberwil

KMU ✓
HEV ✓

DOMINIQUE ERHART



SVP
59 Jahre
Oberwil

KMU ✓
HEV ✓

SAMUEL ZIMMERMANN



SVP
63 Jahre
Oberwil

KMU ✓
HEV ✓

Empfohlene Neue:

ANDREAS BLATTNER



FDP
62 Jahre
Oberwil

HEV ✓

ANDREA FLORIO



FDP
43 Jahre
Oberwil

HEV ✓

CÉDRIC JÄGER



FDP
36 Jahre
Oberwil

HEV ✓

ANDREJA WEBER



FDP
57 Jahre
Oberwil

HEV ✓

CLAUDIA BRODBECK



Mitte
57 Jahre
Biel-Benken

KMU ✓
HEV ✓

BEA KUNZELMANN



Mitte
53 Jahre
Therwil

HEV ✓

HANS BURKHALTER-BIGEY



SVP
69 Jahre
Ettingen

HEV ✓

ALEXANDER GEIGY



SVP
56 Jahre
Therwil

HEV ✓

WAHLKREIS PRATTELN



Gemeinden im Wahlkreis

Arisdorf, Augst, Frenkendorf, Füllinsdorf, Giebenach, Hersberg, Pratteln

Anzahl Landratsmandate

8

Das sagen die KMU

Am 12. Februar werden wichtige Weichen für die Zukunft unseres Kantons gestellt. Versorgungsentpässe, Zukunftsangst, Unsicherheit auf jeder Ebene – diese Themen beschäftigen das Gewerbe täglich. Verstärkt durch Corona und

den Krieg in der Ukraine, treffen uns all diese Probleme stärker als früher. Was erwarten wir von der Baselbieter Politik? Wir wollen, dass die Jugend, unsere zukünftigen Auszubildenden, auf einen guten und sicheren Weg in die Arbeitswelt gebracht werden. Verkehrschaos, Stau, Umweltverschmutzung – auch diese Probleme müssen gelöst werden. Wir verlangen gute Rahmenbedingungen für das Gewerbe, zum Beispiel weniger Bürokratie bei Bewilligungen oder die Schaffung von Versorgungssicherheit vor allem im Bereich Energie und Gas. Zudem gesunde Baselbieter Finanzen und eine massvolle und nachhaltige Investitionsstrategie. Wir erwarten von unseren Land- und Regierungsräten eine geradlinige, realitätsbezogene, bürgerliche Politik. Denn wenn es dem Gewerbe nicht gut geht, geht es der Bevölkerung auch nicht gut.

Urs Schneider für den Vorstand KMU Pratteln

Das sagt der HEV

Der HEV Pratteln und Umgebung setzt sich seit seiner Gründung vor über 100 Jahren erfolgreich für gute Rahmenbedingungen im Bereich Hauseigentum ein. Pratteln hat in den vergangenen Jahrzehnten einen starken Wandel durchgemacht – neue Gewerbe- und Wohnquartiere sind entstanden, die drei höchsten Häuser des Baselbiets stehen in dieser Gemeinde. Und die Entwicklung ist noch lange nicht abgeschlossen. Weitere Quartierpläne (Salina Raurica, Buss-Areal, Rohner-Areal usw.) werden uns in den kommenden Jahren begleiten, Pratteln wird weiter wachsen. Zentral ist in diesem Umfeld, dass die verkehrstechnische Erschließung diesem Wachstum angepasst wird. Ein starker Standortvorteil ist die gute Erreichbarkeit Prattelns vor den Toren Basels. Dieser Vorteil muss zwingend verteidigt werden, indem genügend Kapazitäten geschaffen werden. Zur weiteren Entwicklung von Pratteln gehört auch eine massvolle Verdichtung und die weitere Modernisierung der gemeindeeigenen Infrastruktur.

Felix Knöpfel, Präsident HEV Pratteln

Empfohlene Bisherige:

URS SCHNEIDER



SVP
44 Jahre
Pratteln

KMU ✓
HEV ✓

ANDI TRÜSSEL



SVP
70 Jahre
Frenkendorf

KMU ✓
HEV ✓

Empfohlene Neue:

DOMINIQUE HÄRING



MITTE
53 Jahre
Pratteln

HEV ✓

DANIEL PFIRTER



FDP
60 Jahre
Oberwil

KMU ✓
HEV ✓

DIETER STOHLER



FDP
64 Jahre
Pratteln

HEV ✓

SILVIO FARERI



Mitte
33 Jahre
Pratteln

KMU ✓
HEV ✓

EMANUEL TRUEB



Mitte
61 Jahre
Pratteln

HEV ✓

ADRIAN KOESSLER



SVP
54 Jahre
Frenkendorf

HEV ✓

MARC WEISSKOPF



SVP
39 Jahre
Pratteln

HEV ✓

WAHLKREIS REINACH



Gemeinden im Wahlkreis

Aesch, Pfeffingen und Reinach

Anzahl Landratsmandate

10

Das sagen die KMU

Mitten im Grünen gelegen, entwickelt sich das lebendige Dorf Aesch zu einem Ort, in dem alle Generationen gerne wohnen, arbeiten und sich erholen. Ein idealer Standort für Unternehmen und deren Mitarbeitende. Das Wachstum zieht jedoch auch seine Herausforderungen mit sich. Wir wünschen uns von der Baselbieter Politik, dass die Infrastruktur in und rund um Aesch weiter optimiert und entwickelt wird. Insbesondere die Verkehrsachsen Angenstein, Dorneck und Aesch Dorf sowie die erweiterte ÖV-Anbindung im entstehenden «Aesch Soleil» brauchen politische Aufmerksamkeit, damit auch in Zukunft das Wohnen und Arbeiten in Aesch bigott eine Freude bleibt.

Die Standortförderung im Baselbiet und eine KMU-freundliche Steuerpolitik sehen wir weiterhin als wich-

tige Grundlagen, damit sich unsere Region erfolgreich entwickeln kann.

Andreas Mohn, Patrick Meyer, Co-Präsidenten Gewerbe und Industrie Aesch

Das sagt der HEV

Die Wohnsituation in Reinach besteht aus einer hohen Eigenheimquote. So sind fast 50 Prozent der Wohneinheiten im Eigenheimbesitz. Als Baselbieter Gemeinde mit der zweitgrössten Wohnbevölkerung erwarte ich von den aus dem Wahlbezirk Reinach gewählten Landrätinnen und Landräten, dass sie diesem Umstand Rechnung tragen und eine Politik betreiben, die Eigenheimbesitz fördert und nicht pönalisiert. Dazu gehört, dass nicht immer neue Gesetze und Vorschriften das Wohneigentum verkomplizieren und verteuern. So ist es mir ein grosses Anliegen, dass möglichst unbürokratisch gebaut und umgebaut werden kann und insbesondere kulant Solar- und Photovoltaik-Anlagen installiert werden können. Um ferner sicherzustellen, dass Reinach eine attraktive Gemeinde bleibt, bitte ich die Landrätinnen und -räte mitzuhelfen, dass der kantonale Finanzausgleich fairer wird. Die Wählenden werden dankbar sein.

Thierry Bloch, Präsident HEV Reinach

Empfohlene Bisherige:

JACQUELINE BADER RÜEDI



FDP
52 Jahre
Reinach

KMU ✓

ROLF BLATTER



FDP
60 Jahre
Aesch

KMU
HEV ✓

MARTIN KARRER



SVP
55 Jahre
Pfeffingen

KMU
HEV ✓

CAROLINE MALL



SVP
55 Jahre
Reinach

KMU ✓

Empfohlene Neue:

GABRIELA BRAHIER STARK



FDP
42 Jahre
Reinach

HEV ✓

JÖRG BURGER



FDP
63 Jahre
Reinach

KMU
HEV ✓

STEPHAN HOHL



FDP
43 Jahre
Aesch

KMU
HEV ✓

BÉATRIX VON SURY



Mitte
61 Jahre
Reinach

HEV ✓

HANSPETER THOMMEN



Mitte
60 Jahre
Reinach

KMU
HEV ✓

MARC WEY



Mitte
54 Jahre
Reinach

KMU
HEV ✓

RONNY ANKLI



SVP
40 Jahre
Reinach

HEV ✓

FABIO DINKEL



SVP
52 Jahre
Reinach

HEV ✓

CAROLINE HICKEL



SVP
60 Jahre
Aesch

HEV ✓

ANDREAS SPINDLER



SVP
54 Jahre
Aesch

KMU ✓
HEV ✓

PAUL WENGER



SVP
70 Jahre
Reinach

KMU ✓
HEV ✓

CHRISTIAN WIPF



Mitte
41 Jahre
Aesch

KMU ✓
HEV ✓

WAHLKREIS SISSACH



Gemeinden im Wahlkreis

Böckten, Buckten, Diepfingen, Häfelfingen, Itingen, Känerkinder, Läufelfingen, Nussdorf, Rümlingen, Sissach, Tenniken, Thürnen, Wintersingen, Wittinsburg, Zunzgen

Anzahl Landratsmandate

7

Das sagen die KMU

Im März 2022 wurde im Landrat über die chronische Überbelastung der Hauptstrasse auf Höhe Rheinfelderstrasse/Zunzgerstrasse debattiert. Der danach realisierte Linksabbieger in die Begegnungszone brachte eine Entlastung der Hauptstrasse und der geplante Kreisell soll ebenfalls zur Verbesserung des Verkehrsflusses beitragen. Trotzdem fordern wir vom Landrat, dass der momentane Planungshorizont 2040 für die Netzenunterführung auf keinen Fall weiter hinausgezögert wird, denn es steht ausser Frage, dass diese eine Entlastung für den Verkehrsknotenpunkt Sissach bringen wird. Mit der erwarteten Verkehrszunahme, auch ausgelöst durch zahlreiche grosse Projekte, die entlang der Bahnhofstrasse in Planung sind, wird die Kapazitätsgrenze immer häufiger überschritten werden.

Christine Tschan, Präsidentin Gewerbeverein Sissach u. U.

Das sagt der HEV

Wohneigentumsfeindliche Vorstösse im kantonalen Parlament, aber auch in den Sektionsgemeinden möchten wir auch in den kommenden vier Jahren bekämpfen. Dazu gehören insbesondere höhere Eigenmietwert- und sonstige Mehr-

belastungen für Hauseigentümerinnen und -eigentümer. Bestehende Bauzonen sollen verdichtet werden, um einen haushälterischen Umgang mit Grund und Boden zu gewährleisten. Dazu gehört auch, dass in Kernzonen sowohl auf alten wie auch auf neuen Gebäuden erneuerbare Energietechnologien platziert werden können. Die Roadshow des HEV Baselland, die auch in der Turnhalle Bützenen in Sissach vor viel Publikum Halt gemacht hat, zeigte die politischen Problemfelder sehr eindrücklich auf. Von der Regierung und den hauseigentümergehörigen Landrätinnen und Landräten erwarten wir, dass sie sich während der gesamten Legislatur vehement und nachdrücklich für die genannten Ziele einsetzen.

Urs Wagner, Präsident HEV Sissach

Empfohlene Bisherige:

SASKIA SCHENKER



FDP
43 Jahre
Itingen

KMU ✓
HEV ✓

PETER RIEBLI



SVP
66 Jahre
Buckten

KMU ✓
HEV ✓

Empfohlene Neue:

PINO DELLOLIO



FDP
54 Jahre
Thürnen

HEV ✓

SANDRA BÄTSCHER



Mitte
50 Jahre
Tenniken

HEV ✓

WAHLKREIS WALDENBURG



Gemeinden im Wahlkreis

Arboldswil, Bennwil, Bretzwil, Diegten, Eptingen, Hölstein, Lampenberg, Langenbruck, Lauwil, Liedertswil, Niederdorf, Oberdorf, Reigoldswil, Tifferten, Waldenburg

Anzahl Landratsmandate

6

Das sagen die KMU

Auf lokaler Ebene wünscht sich der Gewerbeverein KMU Waldenburger Tal eine enge Zusammenarbeit zwischen Gemeinden und Gewerbe. Kleine und mittlere Unternehmen sind ein wesentlicher Faktor für die Attraktivität der Region: Sie schaffen Arbeitsplätze, erbringen auf vielfältige Weise Leistungen für die Bevölkerung und engagieren sich in der Berufsbildung. Dafür sind sie auf unterstützende Rahmenbedingungen und den Rückhalt der Politik angewiesen, beispielsweise beim Einbezug ihrer Bedürfnisse bei politischen Entscheidungen oder der Berücksichtigung regionaler KMU bei der Vergabe von Aufträgen. Politisches Engagement und eine positive Strahlkraft für die Region Waldenburg wären sehr willkommen – auch im Tourismus. Es gibt nämlich neben der Region Wasserfallen noch andere schöne Naherholungsgebiete wie etwa Langenbruck oder die Abendsmatt.

Katrin Kaden für den Vorstand KMU Waldenburger Tal

Das sagt der HEV

Das neue Energiegesetz, das die Regierung des Kantons Basel-Landschaft kurz vor Weihnachten aufgelegt hat, beinhaltet zahlreiche

Verbote, Verpflichtungen und Mehrbelastungen für Hauseigentümerinnen und -eigentümer. Gerade bei uns im Waldenburger Tal mit unseren über 1000 HEV-Mitgliedern und einem recht hohen Anteil an klassischen Heizsystemen ist das keine gute Nachricht. Ein De-facto-Verbot von fossilen Heizungen, die Pflicht zur Installation von Solaranlagen oder Ladestationen, das alles sind Forderungen, die nicht zielführend sind. Die Hauseigentümerinnen und -eigentümer haben immer wieder bewiesen, dass sie ihre Verantwortung übernehmen, wenn energetische Sanierungen mit Anreizsystemen und kosteneffizient umgesetzt werden können. Vor Kurzem wurde die neue Waldenburgerbahn eröffnet – ein wichtiger Schritt für die Attraktivität unseres Tales. Massvolle Verdichtungskonzepte ohne die nun aufkeimende Investitionsbremse von überhöhten Mehrwertabgaben wären für unsere Struktur sehr wichtig. Deshalb erachten wir es als zentral, dass Politikerinnen und Politiker in Regierung und Parlament aktiv sind, die für die Anliegen des HEV ein offenes Ohr haben und pragmatische Lösungen bevorzugen.

Christian Heckendorn, Präsident HEV Waldenburg

MATTHIAS RITTER



SVP
67 Jahre
Diegten

KMU
HEV ✓

Empfohlene Neue:

PIERO GRUMELLI



Mitte
44 Jahre
Oberdorf

HEV ✓

Empfohlene Bisherige:

ANDREA KAUFMANN- WERTHMÜLLER



FDP
45 Jahre
Waldenburg

KMU
HEV ✓

MICHAEL DEGEN



SVP
47 Jahre
Liedertswil

KMU
HEV ✓

Politquiz – Ihr Wissen ist gefragt

FRAGE 1

Fangen wir einfach an: Wer vertritt den Kanton Basel-Landschaft zurzeit im Ständerat?

- L Eric Nussbaumer
- H Maja Graf
- Q Sandra Sollberger

FRAGE 3

Wie viele Kandidatinnen und Kandidaten stellen sich für den Landrat zur Wahl?

- N 524
- E 618
- R 713

FRAGE 5

Welcher Landrat darf aufgrund der Amtszeitbeschränkung an den Landratswahlen 2023 nicht mehr antreten?

- F Felix Keller
- R Peter Riebli
- H Andreas Dürri

FRAGE 7

In welchem Jahr trat der Landrat zum ersten Mal zusammen?

- E 1832
- T 1501
- L 1848

FRAGE 2

Das Baselbiet besteht aus 86 politischen Gemeinden. Aus wie vielen Wahlbezirken aber setzt sich der Kanton zusammen?

- T 22
- A 18
- U 12

FRAGE 4

Nun wird's tricky: Welcher Wahlbezirk wird 2023 bei den Landratswahlen kein Mandat verlieren?

- D Muttenz
- L Sissach
- N Münchenstein

FRAGE 6

In welchem Gebäude fand in der vergangenen Legislatur bloss eine einzige Landratssitzung statt?

- T Im Haus der Wirtschaft (HDW) Pratteln
- A In der Messe Basel
- S Im Landratssaal in Liestal

FRAGE 8

Schauen wir nun ins Bundeshaus nach Bern. Wie heisst der Bundespräsident?

- N Alain Berset
- S Guy Parmelin
- B Viola Amherd

FRAGE 9

Bislang wurden erst vier Bundesräte abgewählt: Ulrich Ochsenbein, Jacques Challet-Venel, Ruth Metzler und Christoph Blocher. Wer schloss seine Abtrittsrede mit den Worten «Parlamente können zwar Leute aus der Regierung entfernen, aber nicht aus der Politik»?

- S** Christoph Blocher
- W** Ulrich Ochsenbein
- O** Ruth Metzler

FRAGE 11

Bleiben wir gleich noch in Bern. Im Nationalratssaal befindet sich das berühmte Wandgemälde «Die Wiege der Eidgenossenschaft» von Charles Giron. Welcher Schweizer See ist dort zu sehen?

- L** Sempachersee
- H** Urnersee
- M** Genfersee

FRAGE 13

Den Weg zurück ins Baselbiet macht unser alt Bundesrat Emil Frey. Vergangenen Herbst sind gleich zwei Bücher über den Baselbieter Bundesrat erschienen. In welchem Krieg kämpfte Frey vor seiner Wahl in den Bundesrat im Jahr 1890?

- H** Im Sonderbundskrieg (1847)
- N** Im amerikanischen Sezessionskrieg (1861–1865)
- D** Im Ersten Burenkrieg (1880–1881)

FRAGE 10

Am 7. Dezember 2022 wurde Albert Rösti in den Bundesrat gewählt. Seine anschliessende Rede vor der Vereinigten Bundesversammlung musste er unterbrechen, weshalb?

- Z** Das Mikrofon fiel aus.
- A** Klimademonstranten störten die Rede.
- C** Er verlangte ein Glas Wasser.

FRAGE 12

Wagen wir einen Blick ins Ausland. Welcher Politiker schloss seine Abschiedsrede als Regierungschef im Parlament mit den Worten «Hasta la vista, baby».

- L** Donald Trump
- A** Boris Johnson
- E** Silvio Berlusconi

FRAGE 14

Den Abschluss macht das Baselbieter Lied: Der Baselbieter sagt bekanntlich gerne «Mir wei luege...» statt «Ja». Wann allerdings sagt der Baselbieter gemäss dem Baselbieter Lied immer «Ja»?

- Z** Willst du fürs Recht einstehen?
- A** Trinkst du ein Glas Kirsch mit?
- N** Willst du für den Landrat kandidieren?

Die 14 Buchstaben der richtigen Antworten ergeben das Lösungswort.

Schicken Sie dieses bis **12. Februar 2023** an raetsel@kmu.org und gewinnen Sie mit etwas Glück einen **Fine-to-Dine-Gutschein im Wert von 150 Franken** oder eines von drei Büchern «Baselbiet von A–Z» im Wert von Fr. 41.60.

Lösungswort:

1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14

Mit voller Kraft für das Wohl der KMU

SVP-Nationalrätin Sandra Sollberger war bereits Gemeinderätin und Landrätin. Nun will die Unternehmerin den frei werdenden Regierungsratssitz von Thomas Weber beerben. Auch in Liestal will sie darauf hinarbeiten, der KMU-Wirtschaft die besten Rahmenbedingungen zu ermöglichen.

- Loris Vernarelli -

Alt Bundesrat Ueli Maurer wartete Mitte November beim Wahlkampfauftakt der Baselbieter SVP in Pratteln mit einer witzigen Anekdote auf. Jedes Mal, wenn er im Nationalrat spreche und geradeaus blicke, sehe er die rote Haarsträhne von Sandra Sollberger, was ihn besonders freue, sagte er lachend. Die Randbemerkung war durchaus als Wertschätzung gedacht und hatte keinesfalls die Absicht, die Baselbieter Nationalrätin auf ein äusseres Merkmal zu reduzieren. Dennoch ist kaum zu leugnen, dass der augenfällige Farbtupfer in ihrer Frisur Sollbergers Visitenkarte geworden ist. Ein Markenzeichen, das eng mit ihrem politischen Aufstieg verbunden ist. Die Idee der Strähne gehe übrigens auf ihre Coiffeuse zurück, räumt die gebürtige Aargauerin im Gespräch ein: «Ich wusste damals nicht, was sie vorhatte. Ich vertraute ihr einfach.» Dieses Vertrauen hat sich freilich bezahlt gemacht. Sandra

Sollbergers politische Karriere als steil zu bezeichnen, ist keine Übertreibung. Erstmals öffentlich in Erscheinung trat die vor 25 Jahren nach Bubendorf gezogene Powerfrau 2008 als Gemeinderätin der Oberba-



DIE MALERMEISTERIN IN IHREM BETRIEB IN BUBENDORF.
FOTO: LORIS VERNARELLI

selbieter Gemeinde. Dass sie für die SVP in den Wahlkampf steigen würde, war nicht von vornherein klar. «Ich gehörte

damals noch keiner Partei an, wollte aber unbedingt in eine eintreten, um aufzuzeigen, wie ich denke und handle», erklärt Sollberger. Sie habe dann mehreren Anlässen von FDP und SVP beigewohnt und mit zahlreichen Leuten gesprochen. Schliesslich sei sie zur Erkenntnis gekommen, dass für sie nur die Schweizerische Volkspartei infrage komme. Und mit ihr feierte die 49-jährige Unternehmerin einen Erfolg nach dem anderen: Noch während ihrer Zeit als kommunales Exekutivmitglied wurde sie 2011 in den Landrat gewählt und verhalf damit der Gemeinde Bubendorf nach langer Zeit wieder zu einem Sitz im Kantonsparlament. Vier Jahre später erreichte sie das beste Resultat aller Landratskandidierenden, was die Parteileitung bewog, sie noch im selben Jahr 2015 auf die Nationalratsliste zu setzen. Das Resultat? Sandra Sollberger vertritt seit nunmehr sieben Jahren die Baselbieter SVP in Bundesbern und setzt sich vehement für

die Anliegen der KMU-Wirtschaft ein.

Kein Zurück-, sondern ein Weiterkommen

Nun soll also der nächste Schritt auf der politischen Leiter folgen. Obwohl die Rückkehr ins Baselbiet auch als Rückschritt bezeichnet werden könnte. Sollberger sieht dies ganz anders: «Für mich ist es kein Zurück-, sondern ein Weiterkommen. Als Regierungsrätin kann ich viel näher bei der Bevölkerung sein. Ich will von Liestal aus etwas bewirken und ich bin überzeugt, dass mir dies dank meines grossen Netzwerks und den bisher gesammelten Erfahrungen gewinnbringend gelingen wird.» Der Verlust der Privilegien für Bundesparlamentarier interessiere sie nicht, in Bern habe sie immer das Wohl der Unternehmerinnen und Unternehmer im Blick gehabt.

Und das soll im Regierungsrat genauso bleiben. Es spiele keine Rolle, sagt Sandra Sollberger,

welche Direktion sie übernehmen oder welche Vorlage ihr vorgelegt würde, sie werde vor jeder Entscheidung immer zuerst an die möglichen Auswirkungen für die kleinen und mittleren Unternehmen denken. «Ich bin ein KMU-Forum in Person», betont sie mit Nachdruck und denkt da wohl an ihre Mitgliedschaft beim KMU Forum Baselland zwischen 2007 und 2011. Das beratende Organ für den Regierungsrat Basel-Landschaft prüft die administrativen Belastungen und die Einschränkungen unternehmerischer Freiheiten von KMU, die aus dem Vollzug neuer und bestehender Regularien hervorgehen.

«Ich lebe das KMU-Dasein»

Als Geschäftsführerin der Sollberger Maler AG weiss Sollberger aus erster Hand, dass Bewilligungen, Formulare und Belege den KMU nur Mehrarbeit und keinen effektiven Nutzen bringen. Dieses Verständnis für die administrativen Herausforderungen, denen Unternehmerinnen und Unternehmer gegenüberstehen, will die eidgenössisch diplomierte Malermeisterin in die Regierung mitnehmen, sollte sie gewählt werden. Wenn man sie

so sprechen hört, mit diesem Eifer und dieser Leidenschaft, kauft man ihr umgehend ab, wenn sie unterstreicht: «Ich lebe das KMU-Dasein, ich habe es in den Genen!»

Bei all ihrem Einsatz in der Politik und im Betrieb («Ich bin die typische KMU-Unternehmerin, in der Firma bin ich das Mädchen für alles») geht bei Sandra Sollberger die Familie nie vergessen. Für die Familie liesse sie alles fallen, sagt die Regierungsratskandidatin bestimmt und fügt einen Satz an, der einem Lebensmotto gleichkommt: «Ich mache für die Familie alles, aber nichts ohne die Familie!» So habe sie jede ihrer Kandidaturen im Voraus mit ihrem Mann und ihren beiden Kindern, die inzwischen 25 und 23 Jahre alt sind, abgesprochen. Und nie sei ihr Skepsis entgegengeschlagen. Im Gegenteil: Sie hätten sie immer gepusht, sie immer unterstützt, sagt Sollberger stolz. Diese Haltung habe ihr jede auch so schwierige Entscheidung leicht gemacht. Auch jene, für den Regierungsrat zu kandidieren. Ob sie auch diese Hürde mit Bravour meistern kann, wird sich am 12. Februar weisen.



SANDRA SOLLBERGER
IM INTERVIEW MIT DEM
WAHLMAGAZIN.

FOTO: LORIS VERNARELLI

ZUR PERSON

Iv. Die politische Karriere der 1973 in Zofingen geborenen Sandra Sollberger begann 2008 an ihrem damaligen Wohnort Bubendorf. Acht Jahre lang war sie Gemeinderätin, zwischen 2011 und November 2015 nahm die SVP-Politikerin zudem Einsitz im Landrat und war Mitglied der Bau- und Planungskommission. Seit November 2015 ist Sollberger Nationalrätin des Kantons Basel-Landschaft und Mitglied der Finanzkommission sowie der Kommission für Verkehr und Fernmeldewesen. 2018 trat sie in die Parteileitung der SVP Schweiz ein. Die eidgenössisch diplomierte Malermeisterin ist Geschäftsführerin der Sollberger Maler AG in Bubendorf. Die Mutter von zwei erwachsenen Kindern lebt mit ihrem Mann in Liestal.

«Für Firmen und Familien attraktiv bleiben»

Anton Lauber (Die Mitte) ist eine bewährte Grösse, sowohl in seiner Funktion als Regierungsrat des Kantons Basel-Landschaft wie auch als Baselbieter Politiker. Seit 2013 hält er als Vorsteher der Finanz- und Kirchendirektion die Staatskasse auf Kurs.

- Patrick Herr -

Die Finanzlage des Kantons Basel-Landschaft sei gesund und die intensive Arbeit rund um Einsparungen und Optimierungen habe sich langfristig gelohnt, sagt Anton Lauber. Beim Blick nach vorne geht Lauber beim Budget 2023 von einem Überschuss von 26 Millionen Franken im Gesamtergebnis der Erfolgsrechnung aus. Das Eigenkapital beträgt 675 Millionen Franken. Die Nettoinvestitionen belaufen sich auf 193 Millionen Franken. Der Aufgaben- und Finanzplan, das zentrale Programm des Regierungsrates, weist für die Planung von 2023 bis 2026 in allen vier Jahren schwarze Zahlen aus. Für die drei Finanzplanjahre 2024–2026 rechnet Lauber mit Überschüssen von 41 Millionen Franken, 81 Millionen Franken und 112 Millionen Franken. Dies sei eine gute Ausgangslage.

Lauber warnte jedoch auch davor, sich jetzt, in dieser fragilen Zeit, auf Experimente einzulassen oder wichtige und dringlich benötigte Reformen – zum Beispiel im Steuerbereich – zu verschlafen. «Wir müssen uns gegenüber unseren Nachbarkantonen verbessern, ansonsten büssen wir unseren Standortvorteil ein. Wir müs-

sen sowohl für Firmen als auch für Familien attraktiv bleiben.» Ein erster Schritt wurde mit der Senkung der Vermögenssteuer getan, die am 27. November vom Stimmvolk angenommen wurde.

Lauber erinnert daran, dass von 2018 bis 2022 die Prämienverbilligungen im Kanton Basel-Landschaft höher zu Buche geschlagen sind. Bei der Ausarbeitung des neuen Sozialhilfegesetzes war der Ausbau der Beiträge wie auch eine Teuerungsanpassung eingebaut worden. Für 2023 soll ein neues Mietzinsbeitragsgesetz etabliert werden. «Zentral ist nun, dass wir auch im Bereich der Vermögenssteuern Attraktivität schaffen. Wir sind beständig daran, alle Anspruchsgruppen zu prüfen, um weiterhin Stabilität und Finanzsicherheit für unseren Kanton zu schaffen – auch langfristig.»

Vor seiner Wahl in die Kantonsregierung war Lauber viele Jahre erfolgreich in der Allschwiler Gemeindepolitik tätig. Von 1996 bis 2013 war er im Gemeinderat und ab 2004 auch als Gemeindepräsident tätig.

Das ist mir wichtig

«Mir geht es um die Eigenverantwortung des Bürgers und der Bürgerin. Der Staat soll nur dann regulierend eingreifen, wenn dies wirklich notwendig ist. Dann aber muss und kann sich der Staat entschlossen solidarisch zeigen. Als pragmatischer Exekutivpolitiker interessieren mich kluge, einfache und effiziente Lösungen, die mehrheitsfähig sind. Ein Kompromiss heute ist besser als unproduktiver Stillstand morgen. Die staatlichen Leistungen wie Bildung, Soziales und Gesundheit müssen finanzierbar bleiben. Dazu ist eine prosperierende Wirtschaft unverzichtbar, verbunden mit einer verantwortungsbewussten Ausgabenpolitik.»



Monica Gschwinds Motto: «Zuhören, planen, machen»

Monica Gschwind (FDP) ist eine im Kanton Basel-Landschaft seit vielen Jahren etablierte und geschätzte Politikerin. Sie ist seit Juli 2015 Regierungsrätin und steht der Bildungs-, Kultur- und Sportdirektion vor.

- Patrick Herr -

Monica Gschwind tritt bei der kommenden Wahl in den Baselbieter Regierungsrat wieder an und sagt, sie habe noch viel vor. Eine der Herausforderungen ist der Lehrpersonenmangel, der ein manifestes Problem für den Kanton Basel-Landschaft darstelle, wie sie betont: «Der Lehrberuf muss attraktiv bleiben, die Qualität unserer Schulbildung hängt davon ab. Es geht um die Zukunft unseres Kantons.» Ihre bewährte Strategie, so Gschwind, sei simpel und effektiv: «Zuhören, planen, machen». Es geht ihr insbesondere um praxisorientierte Lösungen, nicht solche, «die am Schreibtisch erfunden werden». Sie baue dabei auf die grosse Erfahrung der letzten acht Jahre und auf das Vertrauen aller Beteiligten, das sie gewonnen habe.

Mit zwei Beispielen zeigte die Regierungsrätin an einem Auftritt für die bürgerliche Allianz auf, wie machbare Lösungen eine grosse Bedeutung für alle entfalten. Der Lehrplan 21 für die Sekundarschule, um den es in der Vergangenheit viel Streit gegeben hatte, war eines dieser Beispiele. Am Ende sei eine innovative Lösung, eine Baselbieter Lösung, entstanden, die dank

intensiven und guten Diskussionen auf der Basis von gegenseitigem Vertrauen aufgebaut worden war. Das zweite Beispiel lief unter dem Titel «Zukunft Volksschule», als sich herausgestellt hat, dass Baselbieter Schülerinnen und Schüler im schweizweiten Vergleich unbefriedigende Ergebnisse erzielten. «Ich habe diese Resultate sehr ernst genommen. Abwarten war für mich keine Option. Es fanden daraufhin Tagungen mit allen Beteiligten statt, um Lösungen und Massnahmen zu diskutieren. Schlussendlich haben wir ein umfassendes Bildungspaket ausgearbeitet. In den nächsten sieben Jahren investieren wir sehr viel in unsere Volksschulen. In der kommenden Legislatur müssen wir die Massnahmen in der Praxis aufmerksam begleiten, beobachten und wenn nötig anpassen.»

Ihre politische Laufbahn begann Monica Gschwind in ihrer Wohngemeinde Hölstein. Dort war sie von 2000 bis 2012 Gemeinderätin und dann bis 2015 Präsidentin des Gemeinderats. Sie war von 2010 bis 2015 Landrätin. Vor ihrem Engagement als Regierungsrätin war sie Inhaberin einer Treuhandfirma.



Das ist mir wichtig

«Als Bildungs-, Kultur- und Sportdirektorin betreibe ich eine transparente Sachpolitik nahe an der Bevölkerung und suche gemeinsam praxisorientierte Lösungen. Denn die Erfahrung zeigt: Lösungen, die am Schreibtisch erfunden werden, taugen in der Praxis nicht. Nur Lösungen, die aus der Praxis kommen, können erfolgreich sein und den Stresstest im Alltag bestehen. Als Freisinnige finde ich es richtig, dass die Aufgaben des Staates direkt vor Ort geleistet werden und Eigenverantwortung wahrgenommen wird. Ich will die Identität des Baselbiets fördern und den Kanton in der Region und in der Schweiz noch klarer positionieren.»

«Die Mühlen in der Politik mahlen langsam»

Die bisherigen Landratsmitglieder Susanne Strub (SVP), Felix Keller (Die Mitte) und Hanspeter Weibel (SVP) dürfen aufgrund der Amtszeitbeschränkung nicht mehr kandidieren. Sie blicken auf ihre Zeit im Kantonsparlament zurück und geben Tipps für Landrats-neulinge.

- Delia Pfirter -



SUSANNE STRUB
LANDRÄTIN SVP

Sie sassen vier Legislaturen im Landrat und dürfen nun nicht mehr zur Wahl antreten. Enttäuscht?

Wenn ich ganz ehrlich bin, blicke ich mit einem lachenden und einem weinenden Auge auf das Ende der Legislatur. Das weinende Auge, weil eine intensive, aber sehr interessante Zeit im Landrat zu Ende geht. Das lachende Auge, da meine Agenda wieder sehr viel mehr Platz hat für die Familie, unseren Landwirtschaftsbetrieb und meine Hobbys.

Wie hat sich die Politik in den vielen Jahren, in denen Sie im Landrat waren, verändert?

Als ich vor mehr als 13 Jahren nachrücken konnte, setzte der Ratsbetrieb noch ganz auf Papier. Uns wurden alle Vorstösse, deren Beantwortungen und alle Unterlagen per Post nach Hause geschickt. Da kam stapelweise Papier zusammen und es musste alles eingereicht und abgelegt werden. Heute erhalten wir alles elektronisch. Das ist einfacher und anders gar nicht mehr vorstellbar. Was mir immer mehr Mühe bereitet, ist die Ineffizienz im Ratsbetrieb. Wenn alles doppelt und dreifach in langen Voten verredet werden muss.

Wenn Sie auf Ihre Zeit im Landrat zurückblicken, was macht Sie stolz?

Ich war die «hemdsärmelige» Bäuerin aus dem Oberbaselbiet, die sich unverblümt und hartnäckig für die Sache eingesetzt hat. Wir Bürgerlichen konnten zusammen einiges bewegen. In Sachen Denkmalpflege und Heimatschutz habe ich mich oft erfolgreich gegen sture und unverständliche Ansichten gewehrt. Die fast diktatorische Verhinderungspolitik der Denkmalpflege ist und bleibt ein Thema.

Sie haben sehr viel Erfahrung als Landratsmitglied. Was möchten Sie den neuen Landrätinnen und Landräten mitgeben?

Ich wünsche allen neuen Landratsmitgliedern viel Geduld und Spass an der politischen Arbeit. Geduld braucht es, da die Mühlen in der Politik langsam mahlen. Ausserdem braucht man ein gutes Netzwerk untereinander.



HANSPETER WEIBEL
LANDRAT SVP

Sie sassen vier Legislaturen im Landrat und dürfen nun nicht mehr zur Wahl antreten. Enttäuscht?

Nein, nicht wirklich. Nachdem ich relativ spät in die Politik eingestiegen bin, habe ich nun in den letzten zwölf Jahren sowohl die positiven als auch die negativen Seiten eines Landratsmandats erlebt. Es wird Zeit, dass ich mich auf anderes konzentrieren kann.

Wie hat sich die Politik in den vielen Jahren, in denen Sie im Landrat waren, verändert?

Insgesamt ist sie lauter geworden – Medien haben das Ihre dazu beigetragen. Interessant ist, dass die vom Ausschluss der Öffentlichkeit geprägten Kommissionssitzungen wesentlich kooperativer und lösungsorientierter waren. Man konnte Diskussionen führen, die nicht immer den Parteigrenzen entlang verliefen, was wesentlich interessanter war.

Wenn Sie auf Ihre Zeit im Landrat zurückblicken, was macht Sie stolz?

Sowohl in den neun Jahren als GPK-Präsident wie auch als Landrat habe ich durchaus Akzente gesetzt, Haltung gezeigt und mich in die Debatte eingebracht. Die GPK-Berichte zum Bruderholzspital (der Neubau fiel dann ausser Traktanden), zur PUK-Informatik, zur Strafprozessordnung, zu Beratungshonoraren, Wischberg und den Fahrzeugverkäufen waren interessant und zeitintensiv.

Sie haben sehr viel Erfahrung als Landratsmitglied. Was möchten Sie den neuen Landrätinnen und Landräten mitgeben?

Ich empfehle, sich gut einzuarbeiten, das Landratsgesetz und die Möglichkeiten und Spielarten des Agierens und Reagierens kennenzulernen und den strategischen Fokus nicht aus den Augen zu verlieren, lernen zu kommunizieren, sich einzubringen und mitzuarbeiten.



FELIX KELLER
LANDRAT DIE MITTE

Sie sassen vier Legislaturen im Landrat und dürfen nun nicht mehr zur Wahl antreten. Enttäuscht?

Die Amtszeitbeschränkung erachte ich als Vorteil. So war mein «Ablaufdatum» stets bekannt. Enttäuscht bin ich also nicht. Im Gegenteil, es war für mich ein Privileg und immer eine grosse Freude, über all diese Jahre im Landrat Einsitz nehmen zu dürfen.

Wie hat sich die Politik in den vielen Jahren, in denen Sie im Landrat waren, verändert?

Die Eintretensdebatten bei Sachgeschäften sind rar geworden, dies hat zu mehr Effizienz im Ratsbetrieb geführt. Dafür hat aber die Flut der persönlichen Vorstösse massiv zugenommen.

Wenn Sie auf Ihre Zeit im Landrat zurückblicken, was macht Sie stolz?

Jede Wiederwahl hat mich sehr gefreut und gab mir die Bestätigung, dass meine politische Tätigkeit zum Wohle von Allschwil und der Partei nicht «so lätz» sein kann. Andererseits bin ich auch stolz, dass mit Ausnahme einer Motion alle meine persönlichen Vorstösse im Landrat eine Mehrheit gefunden haben, zum Teil auch entgegen dem Antrag der Regierung auf Ablehnung.

Sie haben sehr viel Erfahrung als Landratsmitglied. Was möchten Sie den neuen Landrätinnen und Landräten mitgeben?

Im Landrat muss man die Eigeninteressen zurückstellen. Wer lösungsorientiert politisiert und konsensfähig ist, geht mit grosser Befriedung von Liestal nach Hause.

Das Dach der Baselbieter KMU – wir setzen uns für Sie ein!

Bestellen Sie über das Anmeldefeld auf der Website
auch den kostenlosen Newsletter der
Wirtschaftskammer Baselland.



Jetzt
Mitglied
werden

Zum Schutz Ihres Wohneigentums – wir stehen an Ihrer Seite!

Als Mitglied profitieren Sie von zahlreichen Vorteilen
und Vergünstigungen und erhalten kostenlosen
Zugang zu allen Kommunikationsplattformen
des HEV Baselland.



Jetzt
Mitglied
werden